DEINE STIMME GEGEN ARMUT

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

Rolle und Strategien entwicklungspolitischer NRO im Kontext zukunftsfähiger Entwicklung

2015

VENRO-Hintergrundpapier 1/2015

Inhalt

Einleitung
»Rolle und Strategien entwicklungspolitischer NRO
im Kontext zukunftsfähiger Entwicklung« – 1
DR. BERND BORNHORST (VENRO) – 1

**Sechs Thesen zur Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteure
in der Transformation – 5**
BARBARA UNMÜSSIG (HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG) – 5

Zivilgesellschaft und zukunftsfähige Entwicklung – 10
DR. HENNING MELBER (DAG HAMMARSKJÖLD FOUNDATION) – 10

Transformative Anwaltschaftsarbeit – 15
BERND NILLES (CIDSE) – 15

Interview mit Christiane Grefe – 21
(Redakteurin, DIE ZEIT)

Interview mit Jürgen Maier – 23
(Geschäftsführer, Forum Umwelt und Entwicklung)

Interview mit Dr. Marianne Beisheim – 25
(Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stiftung Wissenschaft und Politik)

Interview mit Michael Windfuhr – 27
(stellv. Geschäftsführer, Deutsches Institut für Menschenrechte)

Interview mit Monika Dülge – 30
(Eine Welt Netz NRW)

VENRO-Mitglieder – 32

Impressum – 33

Titelblatt: Nachtaufnahme von Busan, der zweitgrößten Stadt Südkoreas.

Einleitung
»Rolle und Strategien entwicklungspolitischer NRO im Kontext zukunftsfähiger Entwicklung«

DR. BERND BORNHORST (VENRO)

Der Fokus der Entwicklungszusammenarbeit hat sich in den letzten Jahren deutlich verschoben und mit ihm die Rolle und die Aufgaben von entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO). Der Klimawandel und die Wirtschafts-, Finanz-, Gesundheits- und Nahrungsmittelkrisen haben die Interdependenzen zwischen dem Norden und dem Süden deutlich hervortreten lassen. Sie haben uns auch vor Augen geführt, dass die Grenzen der natürlichen Ressourcen unseres Planeten nahezu erreicht sind und es ein »Weiter so« nicht geben kann. Die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten klaffen nicht mehr nur zwischen Nord und Süd auseinander, sondern sie verschärfen sich zunehmend auch innerhalb der Länder. Die Entwicklungszusammenarbeit muss heutzutage also dazu beitragen, einen Ausgleich zu schaffen zwischen den alten, nach wie vor mächtigen Industrieländern und den Entwicklungs- und Schwellenländern sowie auch innerhalb der Gesellschaften der Länder.

Armutsbekämpfung und die Transformation zu einer gerechteren und nachhaltigen Weltgesellschaft umfassen die gesamte Bandbreite der internationalen Zusammenarbeit. Die Entscheidungen und Weichenstellungen, die in den Bereichen Außen-, Handels-, Finanz-, Agrar-, Wirtschafts- und Umweltpolitik getroffen werden, haben direkte Auswirkungen auf alle Menschen, insbesondere im globalen Süden. Eine besonders wichtige Aufgabe von NRO ist es daher auch, immer wieder gegenüber den Regierungen einzufordern, dass die Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit nicht durch »Nebenwirkungen« anderer Politiken konterkariert werden.

Damit verändert sich auch die internationale Zusammenarbeit im Allgemeinen. Die Nachfrage nach nationalen Lösungen und die Verhandlungsmacht einzelner Nationalstaaten nehmen tendenziell ab. Die Bedeutung von Staatenbündnissen und/oder Staatengemeinschaften als Verhandlungspartner nimmt zu. Es bedarf multinationaler Ansätze und globaler Entwicklungsziele, die universell für alle Länder gelten. Innerhalb der Zivilgesellschaft wird es angesichts der globalen Herausforderungen künftig eine noch stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen einzelnen Interessengruppen auf der internationalen Ebene geben müssen. Auch die Kooperation zwischen den Akteuren aus den Ländern des Südens wird sich intensivieren.

Entwicklung in verändertem Kontext

In diesem veränderten Kontext bedeutet Entwicklung den Zugang zu Bildung, Gesundheit, Nahrung, Arbeit und sozialer Sicherheit zu schaffen – für alle Menschen gleichermaßen. Entwicklung bedeutet, Menschen zu befähigen, für ihre Interessen, Rechte und Freiheiten selbst eintreten zu können. Entwicklung bedeutet auch, Staaten anzumahnen, ihre Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes der Menschenrechte und der Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter wahrzunehmen.

Entwicklung bedeutet hingegen nicht, dass die Länder des Südens den gleichen Pfad einschlagen wie die heutigen Industrieländer. Denn eine solche Entwicklung würde in der Tat die planetarischen Grenzen überschreiten. Eine unserer dringlichsten Aufgaben ist es daher, gemeinsam mit den Ländern des Südens einen kohlenstoffarmen, ökologischen Entwicklungspfad zu erarbeiten und einzuschlagen. Aber auch die Lebens- und Konsumstile und damit der Ressourcenverbrauch in den Ländern des Nordens und den aufstrebenden Mittelschichten im globalen Süden müssen sich radikal verändern, damit allen Menschen in Zukunft ein Leben in Würde ermöglicht wird.

Für entwicklungspolitische NRO wird es angesichts dieser Veränderungen künftig noch mehr als bislang darum gehen, die Menschen vor Ort beim Auf- und Ausbau einer eigenen Zivilgesellschaft zu unterstützen und sie damit zu befähigen, selbst für ihre Rechte und Freiheiten einzutreten.

Die Bedeutung von sektorenübergreifenden Lösungsansätzen wird steigen. NRO müssen sich also weiterhin dafür stark machen, dass alle Sektoren der internationalen Zusammenarbeit kohärent an entwicklungspolitischen Zielen ausgerichtet werden. Dies gilt insbesondere für Sektoren, die für das Zusammenleben von zentraler Bedeutung sind, wie beispielsweise der »Nexus« Wasser-Energie-Nahrung.

Legitimation und Transparenz

Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Umwelt, Menschenrechte und Soziales genießen in der Bevölkerung ein großes Ansehen. Die Grundlage ihrer Legitimation ist nach wie vor ihre Glaubwürdigkeit und Integrität. Sie sind vielfach »nah dran« am Geschehen und an den Menschen vor Ort, weshalb sie glaubhaft deren Sorgen und Nöte in die Öffentlichkeit transportieren können.

Ihre Legitimation haben NRO noch stärken können, indem sie ihre Arbeit so transparent wie möglich gestalten – dabei muss unter anderem deutlich werden, wie und wozu Spenden und öffentliche Mittel verwendet werden. VENRO hat beispielsweise zu diesem Zweck zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen einen Verhaltenskodex erarbeitet, in dem diese sich zur Einhaltung bestimmter Standards in den Bereichen Organisations- und Betriebsführung, Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising sowie bei der Wirkungsorientierung verpflichten. Auch die VENRO-Kodizes zu Kinderrechten und zur entwicklungsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit tragen zur Erhöhung der Legitimation des Verbandes und seiner Mitglieder bei.

Durch die Fortschritte bei Monitoring und Evaluierung wurden in den Bereichen Wirksamkeit und Effizienz bereits deutliche Verbesserungen erzielt. Aber nach wie vor gibt es viel Entwicklungspotenzial – beispielsweise was die stärkere Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Organisationen auf nationaler wie internationaler Ebene angeht. Nur durch beständige Information und Kommunikation mit der Öffentlichkeit sowie weitere Verbesserungen bei Wirksamkeit und Effizienz kann die Glaubwürdigkeit und Integrität der NRO aufrechterhalten werden.

Zusammenarbeit mit anderen Akteuren

Die Kooperation und Kommunikation zwischen den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit und darüber hinaus ist für die NRO von großer Bedeutung. Bei Kooperationen von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind aber die unterschiedlichen Zielsetzungen zu bedenken. Privatwirtschaftliche Akteure beispielsweise können einen Beitrag zur Überwindung von Armut und Hunger leisten, indem sie die Menschen in produktive, menschenwürdige Beschäftigung bringen. Durch ausländische Direktinvestitionen gelangen zudem Technologie und Know-how in die Märkte des Südens. Leider nutzt eine Vielzahl von Unternehmen die weiterhin oftmals unübersichtliche Rechtslage in den Ländern aus, um billig und auf Kosten der Menschen ihre Produkte herzustellen, wie die erschreckenden Berichte aus der Textilindustrie und dem Rohstoffsektor belegen. Die vereinten Kräfte von entwicklungs-, umwelt- und sozialpolitischen NRO sind hier gefragt, um den notwendigen politischen Druck auf Regierungen und Unternehmen auszuüben, sich an existierende Umwelt- und Sozialstandards zu halten. Sie leisten auch wichtige Unterstützung, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Rechte besser wahrnehmen können. NRO müssen deshalb, insbesondere in Partnerschaften mit Staat und Wirtschaft, zu diesen eine konstruktiv kritische Distanz wahren, um ihre Glaubwürdigkeit und politische Wirksamkeit zu behalten.

Gegenüber den staatlichen Akteuren haben NRO den komparativen Vorteil, dass sie politisch unabhängig agieren sowie unbürokratische und effiziente Hilfe in Regionen und Bereichen leisten können, in die andere Akteure nicht vordringen. Sie haben den direkten Kontakt zur lokalen Bevölkerung und genießen durch ihre jahrelange Arbeit vor Ort Ansehen und Glaubwürdigkeit. Die Arbeit und Zuwendungen der NRO konzentrieren sich zumeist auf bestimmte Zielgruppen, wie extrem Arme, Hungernde, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen. Damit bieten NRO gezieltes Empowerment für diese Gruppen, während der Staat sich auf Leistungen konzentriert, auf die alle Bürgerinnen und Bürger einen Rechtanspruch haben, wie beispielsweise Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Verwaltung, Gesetzgebung und Finanzwesen. Gelingt es, die komparativen Vorteile aller Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu bündeln, die jeweiligen Verantwortlichkeiten klar zu benennen

Pendler überqueren die Long-Bien Brücke in Hanoi, Vietnam.

und eindeutige Mechanismen der Rechenschaftslegung zu schaffen sowie die Menschen vor Ort von Beginn an in die Planung und Konzeption gemeinsamer Projekte einzubeziehen, können Partnerschaften einen sinnvollen Beitrag zu Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung leisten.

Zukunftsfähige Entwicklung

Innerhalb der entwicklungspolitischen NRO sind die Diskussionen um die Erarbeitung einer neuen und zukunftsfähigen Definition von Entwicklung längst in vollem Gang. Mittlerweile ist klar, dass es einer umfassenden Transformation unserer Wirtschaftsweise hin zu Nachhaltigkeit, Vorsorgeorientierung, Suffizienz und Effizienz bedarf, wenn die planetarischen Grenzen gewahrt bleiben sollen. Eine Beibehaltung bisheriger Konsum- und Entwicklungsmuster sollte nicht länger möglich sein.

Damit verbunden ist nicht zuletzt die Erkenntnis, dass das Wirtschaftswachstum als alleiniger Indikator für das Wohlbefinden einer Gesellschaft nicht mehr ausreicht und dass stattdessen neue Konzepte entwickelt werden müssen, die Aspekte wie Gerechtigkeit, Glück, soziale Absicherung oder Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung miteinbeziehen. Sie müssen aber auch die ökologischen und sozialen Kosten als externe Kosten internalisieren.

Die globalen Herausforderungen in ihrer ganzen Bandbreite sind jedoch für entwicklungspolitische NRO keinesfalls alleine zu bewältigen. Sie müssen noch mehr als bislang den Zusammenschluss mit anderen gesellschaftlichen Gruppen suchen, die sich ebenfalls für Themen wie Gerechtigkeit, Menschenrechte, Umwelt, Frieden und Nachhaltigkeit stark machen. Solche nationalen Allianzen sind für die Bewältigung der globalen Herausforderungen eine notwendige, aber keine hinreichende Lösungsmöglichkeit. Globale Probleme erfordern globale Konzepte und daher müssen die entwicklungspolitischen NRO sich zusätzlich international auf die Suche nach Verbündeten begeben. Künftig werden hierbei die zivilgesellschaftlichen Partner in den Ländern des Südens eine noch größere Rolle spielen, als sie dies bislang bereits tun.

Die große Frage, die sich entwicklungspolitische NRO hinsichtlich ihrer Rolle unter der Maßgabe nachhaltiger Entwicklung also stellen, ist: Welchen Beitrag können wir für die Gestaltung einer nachhaltigen (Welt-) Gesellschaft leisten, um auch zukünftigen Generationen tatsächlich ein Leben in Frieden, Wohlstand und Sicherheit zu ermöglichen? Mit diesem Diskussionspapier will VENRO sich in die Debatte über die Rollen, Aufgaben und zukünftigen Strategien entwicklungspolitischer NRO im Kontext zukunftsfähiger Entwicklung einbringen. Zu diesem Zweck wurden Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Publizistik gebeten, die derzeitige Situation entwicklungspolitischer NRO zu beleuchten sowie Ideen und Konzepte zu deren (Neu-)Orientierung zu diskutieren.

Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS), stellt sechs Thesen zur Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in der globalen Transformation auf. In ihrem Beitrag problematisiert sie die strukturellen Zwänge, die sich durch den Aufstieg der Schwellenländer ergeben, sowie die zunehmende staatliche Repression gegenüber demokratisch orientierten NRO. Sie macht auf das Dilemma vieler NRO aufmerksam, die zum Teil staatliche Aufgaben übernehmen, jedoch aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen und ihrer engen Kooperation Politiken mittragen (müssen), die der notwendigen Transformation entgegenstehen. Abschließend fordert sie NRO aus den Bereichen Entwicklung, Umwelt und Menschenrechte sowie die Gewerkschaften und Sozialverbände auf, sich stärker zu vernetzen, um gemeinsam, aber arbeitsteilig die große Transformation zu gestalten.

Henning Melber, ehemaliger Direktor der Dag Hammarskjöld Foundation, widmet sich der transnationalen entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft. Er reflektiert die Verstetigung globaler Machtverhältnisse, deren Einflusschancen in den von demokratischen Defiziten geprägten Institutionen der Vereinten Nationen (UN) und in (globalen) Multi-Stakeholder-Partnerschaften. Er plädiert dafür, dass entwicklungspolitische NRO sich vor allem national für die Umsetzung globaler Entwicklungsziele einsetzen und mit Blick auf den Schutz (globaler) öffentlicher Güter auch den Staat dazu auffordern, wieder seiner Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl gerecht zu werden.

Bernd Nilles, Generalsekretär des internationalen Netzwerks der katholischen Entwicklungsorganisationen (CIDSE) stellt mit dem Konzept der »Transformativen Anwaltschaftsarbeit« erste Überlegungen von CIDSE zu einem zukunftsfähigen Verständnis zivilgesellschaftlicher Entwicklungsarbeit vor. Dieses wurzelt in einer radikalen Kritik des dominanten Wachstumsparadigmas und macht sich stark für eine Öffnung für alternative Entwürfe. »Transformative Anwaltschaftsarbeit« bedeutet aber auch, verstärkt zum politischen »Agenda Setting« beizutragen sowie für lokale Partner beim Verwirklichen von Alternativen Partei zu ergreifen und sich mit ihnen zu solidarisieren.

Ergänzend werden in **Interviews** mit fünf Vertreterinnen und Vertretern aus Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, der Wissenschaft und der Publizistik zentrale Aspekte zukunftsfähiger Entwicklung beleuchtet. **Christiane Grefe** (DIE ZEIT), **Jürgen Maier** (Forum Umwelt und Entwicklung), **Marianne Beisheim** (Stiftung Wissenschaft und Politik), **Michael Windfuhr** (Deutsches Institut für Menschenrechte) und **Monika Dülge** (Eine Welt Netz NRW e. V.) wurden zu Entwicklungsverständnis, der Rolle (globaler) Partnerschaften sowie zu neuen Strategien und Handlungsfeldern entwicklungspolitischer NRO befragt.

Die Beiträge und Interviews weisen auf **vier zentrale Anknüpfungspunkte** für weitere Diskussionen über die zukünftigen Rollen und Strategien entwicklungspolitischer NRO hin:

- Unter Rückgriff auf welche Strategien können entwicklungspolitische NRO zur Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung beitragen? Bildungsarbeit, Kampagnen und Anwaltschaftsarbeit reichen möglicherweise nicht aus, Menschen bei uns und in den Partnerländern dazu zu bewegen, sich nachhaltiger zu verhalten. Entwicklungspolitische NRO müssen klären, wie sie noch stärker als bislang als »gute Beispiele« vorangehen können, wie sie also zu »Change Agents« werden können.
- Wie können wir weg vom Wachstumszwang, hin zu einer Effizienz- und Suffizienzwirtschaft gelangen? Und wie würde diese aussehen? Entwicklungspolitische NRO müssen im Dialog mit Umwelt-, Sozial-, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen sowie wachstumskritischen Bewegungen konkrete Antworten auf die Frage entwickeln, wie die Produktions- und Konsummuster bei uns – und weltweit – verändert werden können, um nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen und gleichzeitig Armut, Hunger und Mangelernährung zu beenden.
- Wie soll das Verhältnis von Staat und (entwicklungspolitischer) Zivilgesellschaft aussehen? Diese Frage zielt einerseits auf das Verhältnis von staatlichen Förderinstitutionen und entwicklungspolitischen Bildungsträgern bei uns; andererseits macht sie auf die Rolle entwicklungspolitischer NRO und ihr Verhältnis zu ihren lokalen Partnern und den dortigen Staatsapparaten aufmerksam. Denn in vielen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens, aber auch Europas, versuchen politische Machthaber wieder verstärkt, durch (staatliche) Repressionen zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen zu unterdrücken.
- In welchen Partnerschaften sollten sich entwicklungspolitische NRO engagieren? Globale Partnerschaften sind kein Allheilmittel, ihre Bilanz ist eher gemischt. Dennoch werden sie von der Politik weiterhin massiv als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit gefördert. Entwicklungspolitische NRO müssen deshalb im Austausch mit ihren lokalen Partnern Kriterien entwickeln, um entscheiden zu können, in welchen Partnerschaften sie ihre Anliegen am ehesten verwirklichen können.

Dr. Bernd Bornhorst
ist Vorstandsvorsitzender von VENRO.

Sechs Thesen zur Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteure in der Transformation

BARBARA UNMÜSSIG (HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG)

Antworten auf die Frage, was die Zivilgesellschaft zur sozialen und ökonomischen Transformation beitragen kann, sollten mit einer Analyse der politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen (externe Faktoren) und einer differenzierten und ehrlichen Auseinandersetzung zur Verfasstheit der Zivilgesellschaft (interne Faktoren) einhergehen. Es sollte zudem die Frage einbezogen werden, wie ex- und interne Faktoren ineinandergreifen und sich teilweise verstärken – so komplex dies auch ist.

Machen wir uns nichts vor: Die professionelle NRO-Welt (und auf diese beziehe ich mich weitestgehend) kann angesichts verhandlungsstarker politischer und wirtschaftlicher Interessen die großen globalen Trends nicht umkehren. Sie kann aber Projekte und Policies (zum Beispiel Atom- und Kohlekraftwerke, Acta oder vielleicht auch TTIP) verhindern, indem sie wirkungsmächtige Allianzen schmiedet, Watchdog für Fehlentwicklungen ist, gesellschaftliche Debatten und Gegenöffentlichkeit organisiert und politische Alternativen entwickelt. Das geschieht glücklicherweise und zeigt, wie essenziell demokratische zivilgesellschaftliche Initiativen sind. Mit den großen Krisen und den notwendigen sozialen, ökologischen und kulturellen Transformationen im Blick müsste sie sich aber strategischer aufstellen, sich besser koordinieren, selbstreflexiver werden, selbstgemachte Fragmentierungen überwinden und sich instrumentalisierenden und kooptierenden Tendenzen widersetzen.

Thesen zu ex- und internen Faktoren

1. Globalisierung schreitet voran, mit ihr die sozialen, ökonomischen und politischen Krisen

Der Klimawandel, die Finanz- und die Welternährungskrisen, fragile Staatlichkeit und die globale Armut sind herausragende globale Herausforderungen. Globalisierung und auch die avisierten sozialen Transformationsprozesse verlaufen krisenhaft, mit Gewinnern und Verlierern. Beides sind komplexe soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle (Anpassungs-)Prozesse. Der Wettbewerb um ökonomische und damit auch geopolitische Einflusssphären ist in vollem Gange. Eine Welt, die sich an planetarische Grenzen hält und innerhalb des Zwei-Grad-Korridors bleibt, ist nicht in Sicht. Die Grüne Ökonomie ist immer noch eine Nischenökonomie, die ihrerseits an menschenrechtsbasierte und soziale Kriterien stärker rückgebunden werden muss.

Krisen und negative Trends sind sowohl in ihren Ursachen als auch in ihren Wirkungen eng miteinander verschränkt. Die isolierte und sektorale politische Bearbeitung der Krisen stößt deshalb längst an ihre Grenzen. Vernetztes Handeln über einzelne Politikfelder und über nationale Grenzen hinweg ist mehr denn je notwendig. Dazu gehört ein neues Verständnis von Interdependenz, globalem Interessensausgleich und Wohlstand. Die globale Erwärmung zu begrenzen, die »Große Transformation« hin zu einer postfossilen Wirtschaft nachhaltig und sozial gerecht zu gestalten, den Ressourcenverbrauch einzudämmen, Armut und Hunger strukturell zu bekämpfen, Konflikte und Kriege zu verhindern und friedlich beizulegen, sind die Kernziele, an denen sich politische und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse auf der globalen, regionalen und nationalen Ebene orientieren sollten.

2. Machtkonzentration

Es gibt strukturelle Blockaden, die die nötige Transformation der fossilen Wirtschaft, des Finanzmarkts, der agroindustriellen Produktion und der globalen Mobilität verhindern oder bremsen. Die Konzentration von Wirtschaftsmacht in immer weniger Hände (wenige Konzerne kontrollieren die globale Wertschöpfungskette der Ernährung) und die Verknüpfung staatlicher und wirtschaftlicher Macht (zum Beispiel viele Staatskonzerne im fossilen und Bergbausektor), erschweren immer häufiger Allgemeinwohl orientierte und demokratische Regelsetzungen. Dieses Vorgehen unterminiert die staatliche Schutzverantwortung sowie Rechenschaftspflichten wirtschaftlicher Akteure. Demokratisch gewählte Parlamente verlieren an Gestaltungskraft, vor allem in der Bewältigung von Krisen (Eurokrise),

oder werden nicht rechtzeitig und ausreichend einbezogen (Finanzmarktregulierung über supranationale Organisationen, Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP). In Transitionsländern und autoritären Staaten gibt es wenig oder gar keine parlamentarischen Kontrollen und kaum freie Medien, die als Gegenöffentlichkeit fungieren könnten.

3. Globale Machtverschiebungen infolge des Aufstiegs der Schwellenländer verändern die Nachkriegs-Governance-Ordnung massiv und machen multilaterale Regelsetzung komplexer

Die normative und erst recht die operative Rolle der UNO nimmt ab. Der Einfluss internationaler Organisationen der Nachkriegsordnung bleibt zwar hoch, nimmt jedoch ebenfalls tendenziell ab. Wo Schwellenländer ihren ökonomischen Machtzuwachs in politische Macht ummünzen (zum Beispiel Stimmrechtsverteilung in der Weltbank, China nun an zweiter Stelle, G20), heißt das noch lange nichts Gutes für eine soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Leider erleben wir im Schulterschluss zwischen Industrie- und Schwellenländern gerade einen Abbau errungener Sozial- und Umweltstandards sowie von Beteiligungsrechten und Rechenschaftspflichten (zum Beispiel bei multilateralen Banken, vor allem der Weltbank).

Zudem gibt es zahlreiche neue regionale und globale Clubs für wirtschaftliche und sicherheitspolitische Themen. Diese neuere »Club-Governance« erschwert ebenfalls die politische Kontrolle, es gibt kaum Transparenz-, Beteiligungs- und Accountability-Mechanismen. Sie produziert neue Unübersichtlichkeit, denn formalisierte partizipatorische Zugänge sind nicht entwickelt (G20, BRICS). Die Zivilgesellschaft tut sich schwer mit den neuen Akteuren. Das alte Nord-Süd-Muster passt nicht mehr und wird zunehmend abgelöst von immer komplexeren staatlichen und ökonomischen Akteurskonstellationen. Hier wird es immer schwerer, auf Weichenstellungen durch zivilgesellschaftliche Interventionen zu reagieren. Süd-Süd-Kooperationen der Zivilgesellschaft sind noch sehr unterentwickelt (zum Beispiel zwischen BRICS-Ländern). Wissen und Kapazitäten zu makroökonomischen Themen sind wenig ausgeprägt, im Norden wie globalen Süden. Erfolgreiche Beiträge zur Transformation müssen hier ansetzen und die Süd-Süd-Vernetzung vorantreiben. Mitspracherechte in den neuen Clubs wie BRICS oder G20 müssen noch erstritten werden.

4. Diskriminierung und Kriminalisierung von NRO und CSO nehmen zu

Die staatlichen Angriffe auf kritische, demokratisch orientierte Akteure sowie auf NRO und Civil Society Organisations (CSO) nehmen weltweit zu. Diskriminierung und Kriminalisierung sind die Folge. Auch Morde an Aktivistinnen und Aktivisten (vor allem im lokalen Widerstand) werden häufiger. Weltweit schränken über 40 sogenannte NRO-Gesetze den Handlungsspielraum von NRO und Zivilgesellschaft massiv ein. Juristische Einschränkungen und finanziell-administrative Auflagen erschweren nationalen und internationalen

Akteuren immer erfolgreicher das politische Einmischen. Hinzu kommen politisch und medial inszenierte Verleumdungskampagnen (ausländische Agenten, Terroristen), sie schüchtern ein und nötigen bisweilen zur Selbstzensur. De facto haben nördliche NRO, Stiftungen und Think Tanks noch wenige Antworten auf diesen Trend formuliert. Gemeinsames politisches Agieren wäre hier besonders dringlich. Der Austausch dazu müsste organisiert werden. Denn ohne demokratische Spielräume gibt es auch nur unzureichende Einmischung in Transformations- und Anpassungsprozesse in Süd, Ost und West.

5. Die (Selbst-)Entzauberung der NRO-Welt

Wie schon oben beschrieben: Harte politische und ökonomische Interessen werden in der Regel ohne (breite) demokratische Partizipation und Transparenz durchzusetzen versucht. Eine nennenswerte zivilgesellschaftliche Mitgestaltung wird von mächtigen Vertretern wirtschaftlicher und politischer Interessen als störend empfunden. Politische und finanzielle Ressourcen waren für zivilgesellschaftliche Akteure im Gegensatz zu den finanzmächtigen Interessensgruppen immer schon begrenzt. Der institutionelle Einfluss und die Verhandlungsmacht professioneller NRO waren wahrscheinlich in den 1990er Jahren und zu Beginn der 2000er Jahre auf einem Höhepunkt, die politische Wirkung durchaus beachtlich; sie sind heute global jedoch eher rückläufig. Die Entzauberung ist spätestens mit dem Klimagipfel in Kopenhagen deutlich geworden.

Allerdings gehört auch zur ehrlichen Analyse dazu, dass sich überall auf der Welt zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in den oben beschriebenen Grenzen bestens eingerichtet haben. Viele NRO fungieren als (Voll-) Ersatz für staatliche soziale, humanitäre und umweltpoliti-

Alte Schiffscontainer auf Kuba, die zu Wohnungen umfunktioniert wurden.

sche Dienstleistungen, hängen am Tropf externer staatlicher oder privater Geldgeber. Wo der Staat nicht handelt, ist es gut, wenn zivilgesellschaftliche Akteure Not lindern (ohne Ärzte ohne Grenzen gäbe es noch mehr Ebola-Tote) und zur sozialen Infrastruktur beitragen. Häufig genug entlasten sie aber auch für zu lange oder immer den Staat, statt ihn zur Verantwortung zu ziehen. In Afghanistan lässt sich das gut studieren, ebenso auf den Philippinen mit über 30.000 NRO. Das ist kein ganz neuer Trend, der in der Literatur gut beschrieben ist, er hat jedoch zugenommen. Der globalen Tendenz zur Privatisierung hoheitlicher Aufgaben folgen viele NRO. Im Gesundheitsbereich ist dies ganz offensichtlich. Die Melinda & Bill Gates Foundation verfügt über mehr Gelder als die WHO und versteht das eigene Mandat bewusst als eines außerhalb der WHO.

Professionelle NRO werden in vielen Fällen als Ko-Eliten betrachtet und von Regierungen auch so instrumentalisiert. Das führt dazu, dass sie entlang ähnlicher politischer und ökonomischer Sachzwänge Hand in Hand mit staatlichen Institutionen agieren und ihre Watchdog-Funktion und ihre Rolle als Gegenöffentlichkeit verlieren. Dort, wo Staaten mangelhafte Steuerungskapazitäten haben und/oder in die Moderatorenrolle gehen, werden vor allem große NRO eingebunden.

In sogenannten Multi-Stakeholder-Runden werden mit (BIG) NRO meist freiwillige Regeln ausgehandelt. So werden manches Mal Politiken legitimiert, die der notwendigen Transformation eher entgegenstehen, die ohne Rechenschaftslegung und demokratische Rückkoppelung mit Betroffenen und ihren demokratisch legitimierten Interessensvertreterinnen und Interessenvertretern erfolgen. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass durch solche Prozesse der lokale Widerstand (zum Beispiel gegen Abholzung) geschwächt wird.

Die emanzipatorische Rolle, die Rolle als Gegenmacht oder als Watchdog staatlicher Politik und internationaler Organisationen ist in vielen Ländern ausgehöhlt. Staatliche und zunehmend private Geberstrukturen, die Mittel unkoordiniert an die Empfängerländer verteilen, befördern zusätzlich die Entpolitisierung. Zu beobachten ist dies zum Beispiel auch in Transformationsgesellschaften wie Tunesien: Viel zu viele private und offizielle Geber überfördern eine schwache

institutionelle Zivilgesellschaft. Damit überfordern sie die NRO, die sich in der Welt der Anträge, Indikatoren und des Monitoringsschwer zu recht finden.

Neue soziale Bewegungen setzen sich von diesem Typus professioneller NRO bewusst ab, sehen sich als deren Alternative und kritisieren die politischen Instrumente und Organisationsformen der klassischen NRO-Welt der letzten Jahrzehnte. Zu Kooperationen zwischen neuen sozialen und politischen Akteuren und der »alten« NRO-Welt kommt es daher äußerst selten, weder bei uns und noch im globalen Süden.

Unübersehbar ist die wachsende Hierarchisierung in der professionellen NRO-Welt. Die großen »Tanker« werden staatlicherseits angesprochen und sie können sich selbst größere Kampagnen sowie aufwändige Lobbyarbeit leisten. Das treibt Keile zwischen die zivilgesellschaftlichen Akteure. Bei den Entwicklungs- und Umwelt-NRO sind es die »großen Tanker«, die weltweit Büros eröffnen bei gleichzeitig unzureichender Reflexion zu den Auswirkungen auf die lokale Zivilgesellschaft und deren Beteiligungsansprüche. Es sind die »Multis« unter den NRO und großen Stiftungen, die die größeren Zugänge bei der UNO, beim World Economic Forum oder den nationalen Ministerien bekommen.

6. Dilemma: Professionalisierung, Spezialisierung und Transformation

Zum einen führt die zunehmende Komplexität der Gestaltung politischer Prozesse zu einem wachsenden Anforderungsprofil an zivilgesellschaftliche Partizipation, die längst auf professionelle Expertise und damit auf eine Professionalisierung institutionalisierter zivilgesellschaftlicher Akteure angewiesen ist. Zum anderen erschweren die Fragmentierungen und Hierarchisierungen innerhalb der Zivilgesellschaft die zivilgesellschaftliche Einmischung. »Die Zivilgesellschaft« ist nicht einmal auf nationaler Ebene (und schon gar nicht global) einheitlich verfasst, sondern durch strukturelle Widersprüche und Verwerfungen geprägt. Solche Widersprüche werden zum Beispiel in Transformationsdebatten zwischen Gewerkschaften und Umweltschutzverbänden sichtbar (etwa bei der Einschätzung der Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum). Unterschiedliche Bewertungen – politisch und in den Organisationsformen – werden jedoch selten diskutiert.

Der Professionalisierungszwang bringt wachsenden Finanzierungsbedarf mit sich. Der wachsende Finanzierungsbedarf als Folge der Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Akteure wiederum tendiert zu einer Verschärfung der Abhängigkeit professioneller zivilgesellschaftlicher Akteure von Geldgebern. Die Folgen sind eine Bedrohung der politischen Unabhängigkeit, die Tendenz zu verstärkter Spezialisierung und eine Neigung zu unterkomplexer Spendenakquise. Spendenkampagnen suggerieren häufig einfache Lösungen: Mancher Umweltverband macht glauben, dass mit drei US-Dollar der Gorilla, mit fünf US-Dollar der Tiger zu retten sei. Die Entwicklungsorganisationen bestärken die »Illusion of Aid«.

Finanzen gibt es häufig nur für spezifische Handlungsfelder und für solche, an denen Staaten oder wirtschaftliche Akteure besonderes Interesse haben, oder aufgrund politischer Anlässe (beispielsweise bei UN-Konferenzen). So entstehen thematische Lücken in der Transformationsagenda und/oder »Themen-Hopping«. Die Zivilgesellschaft produziert »blinde« Flecken, Teilöffentlichkeiten und Teillobbys für spezifische Themen. Der Blick fürs Ganze geht verloren. Für übergreifende, nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit alimentierten »Arbeitsaufträgen« stehende Diskurse fehlen nicht selten finanzielle und personelle Ressourcen. Ganzheitlich-systemische Sichtweisen gehen in hochprofessionellen Spezialdiskursen unter, die wiederum schwer in die breitere Öffentlichkeit zu vermitteln sind.
Eine weitere Folge des großen Finanzbedarfs ist die wachsende Konkurrenz untereinander. Der Wettlauf um Geldtöpfe und der damit häufig verbundene Wettlauf um Medienaufmerksamkeit wirkt unter anderem einer systematischen strategischen Zusammenarbeit entgegen. Koordination ist nicht nur ein Problem der staatlichen Geber, sondern auch eines innerhalb der Zivilgesellschaft. Wirksame Beiträge zur sozialen und ökologischen Transformation erfordern jedoch mehr denn je Absprachen, die Fokussierung auf weichenstellende Themen und sinnvolle Arbeitsteilung.

Was tun?

Wer kann was am besten? Dies müsste viel öfter die handlungsleitende und strategische Frage sein. Was ist relevant, was nicht? Wo sind wichtige Stellschrauben für die Zukunft? Das ist leider nicht immer der Kern der Agenda.

Das Wissen um den Zustand der Welt mündet ein ums andere Mal in Aufforderungen zum radikalen Handeln.

Die kritische Wissenschaft ist hier aber manchmal radikaler als manche NRO. Politische Tugenden sind zu Recht: Dialogfähigkeit, Lösungsorientiertheit und Kompromissfähigkeit. Für die Zivilgesellschaft gilt jedoch auch: Konfrontation und Nein-Sagen, auch zu manch einem Multi-Stakeholder-Dialog, vor allem, wenn er nur Zeit und Ressourcen frisst, die politische Agenda für die avisierte soziale und ökologische Transformation aber nicht voranbringt.

Um strategischer im Sinne der großen Transformation zu werden, braucht es Platz und Räume innerhalb von und zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Was muss sich innerorganisatorisch ändern, um die Spezialisierung und Sektoralisierung von Politikfeldern zugunsten von Kooperation und politischen Synergien zu verändern?

Ein Anfang könnte die Organisation eines jährlichen Ratschlags sein, bei dem wichtige Akteure aus dem Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsbereich zusammen mit Sozialverbänden und Gewerkschaften zusammenkommen, um politische Prioritäten zu diskutieren. Wo sind wichtige politische Zeitfenster, die weichenstellenden Charakter haben können (zum Beispiel EU-GAP-Reform) und deshalb einen großen Teil der Ressourcen der Zivilgesellschaft brauchen? Was ist lohnenswert, was nicht?

Solche Ratschläge oder Klausuren sind auch für Teilthemen sinnvoll. Hier könnten eine sinnvolle Arbeitsteilung entlang der jeweiligen Kompetenzen besprochen und pragmatische Ad-hoc-Allianzen geschmiedet werden. Was lässt sich gemeinsam bewirken? Was müssen wir verhindern?

Einiges davon gibt es schon sehr erfolgreich oder es ist im Entstehen (beispielsweise die Kampagne »Wir haben es satt«, die »Anti-Kohle-Allianz« oder den »AK Rohstoffe«). Das ist gut so, aber ausbaufähig, vor allem im Sinne einer permanenten Reflexion darüber, wo wir stehen und wo wir hinwollen.

Barbara Unmüßig
ist Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung

Zivilgesellschaft und zukunftsfähige Entwicklung

DR. HENNING MELBER (DAG HAMMARSKJÖLD FOUNDATION)

Die Transnationale Zivilgesellschaft kann auf eine lange Tradition weltweiten Engagements zurückblicken. Globale nicht-staatliche Allianzen, deren Aktivitäten messbare Resultate bei der weiteren Gestaltung der Weltordnung hatten, gibt es bereits seit Mitte des 18. Jahrhunderts. Dabei waren damals wie heute deren Formen der Teilhabe an globalen Politik- und Entscheidungsprozessen durchaus ambivalent und hinsichtlich der Ergebnisse widersprüchlich (Davies 2013). Im letzten Jahrhundert hat sich die Zahl der Internationalen Nicht-Regierungsorganisationen (INGOs) mehr als verhundertfacht. Sehr häufig vertreten INGOs allerdings keine grundsätzlichen Alternativen zum bestehenden System, sondern verfolgen bestenfalls immanente Reformansätze. Daher besteht durchaus die Gefahr der Reproduzierung überkommener globaler Machtverhältnisse und dominanter Perspektiven. So sollte vor vorschnellen Glorifizierungen gewarnt und globale Zivilgesellschaft analytisch verstanden werden: als eine Arena, in der eine Vielfalt politischer Erfahrungen, aktionsorientierter Strategien, Identitäten, Werte und Normen artikuliert und (auch kontrovers) diskutiert werden; wo Konflikte und Auseinandersetzungen um Werte, Normen und Regeln ausgetragen werden, die globale gesellschaftliche Räume beeinflussen und prägen – und letztlich auch zur Kontrolle über materielle Ressourcen und Institutionen führen können. Ob dabei globale Zivilgesellschaft eine stärkere Demokratisierung – im Sinne der Teilhabe sozialer Bewegungen und anderer Organisationen »von unten« aus allen Teilen der Erde mit gleichwertigen Gestaltungsmöglichkeiten – oder Kolonisierung – im Sinne der Perpetuierung eurozentrischer oder auch anders gearteter ethnozentrischer Wertesysteme und Hierarchien – bedeutet, ist eine empirische Frage, deren Beantwortung hauptsächlich vom spezifischen Zusammenhang abhängt (Thörn/Moksnes 2012: 5). Es geht dabei im Kern darum, wer, wo und wie die »Bestimmungsmacht« für sich reklamieren kann. Letztlich sind auch NRO nur Spiegelbilder inner- wie intergesellschaftlicher Macht- und Ungleichheitsverhältnisse.

Eine der zentralen Herausforderungen ist oftmals die »Wertefrage«. Am Beispiel der Kontroversen um die geschlechtliche Verstümmelung von Frauen lässt sich zeigen, wie in den Spannungsfeldern kulturelle Eigen- oder Fremdbestimmung sowie kultureller Relativismus und Universalität der Menschenrechte vermeintlich allgemeingültige Grundlagen von Handeln ins Wanken geraten. Ein prominentes Beispiel ist eine niederländische NRO, die sich dazu entschlossen hatte, zum Schutze von Frauen eine Klinik in Westafrika zu finanzieren, in der die Klitorisbeschneidung hygienisch und damit ohne das – oftmals tödliche – Infektionsrisiko durchgeführt werden konnte. Nicht zufällig entbrannte auch an der Frage um Monogamie und Polygamie einst ein heftiger Streit innerhalb wie auch zwischen Teilen der europäischen und der außereuropäischen, insbesondere der (west-)afrikanischen, Frauenbewegung. Letztere fühlte sich vom monogamen Beziehungsideal ersterer tendenziell bevormundet. Diese wie auch andere Erfahrungen zeigen, dass transnationale zivilgesellschaftliche Bündnisse und Allianzen keinesfalls immer zu Einverständnis und gemeinsamer Handlungsgrundlage führen. Kompromisse müssen immer wieder neu ausgehandelt werden, wobei die Frage danach, wer wen dominiert, ein entscheidender Faktor bleibt.

Diese warnende Einschränkung sollte aber keine Ausrede sein, sich nicht zu engagieren. Mit dem Kollaps des staatssozialistischen Blocks und dem darauf folgenden Ende des Kalten Krieges folgte in den 1990er Jahren nicht nur eine Renaissance des Begriffs der Zivilgesellschaft. Es gab auch eine zumindest temporäre Öffnung und Durchlässigkeit bei der Durchführung globaler Foren seitens der Vereinten Nationen (UN) im Zuge der Standortsuche und -bestimmung inmitten globaler Transformationsprozesse. Die Gestaltung internationaler Beziehungen als Weltinnenpolitik ermöglichte neue Kooperationsformen zwischen staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf globaler Ebene. Dadurch wurde zumindest vorübergehend ein bislang noch nicht gekannter Grad an Mitgestaltung durch zivilgesellschaftliche Repräsentanten innerhalb der UN möglich. Dies prägte die Weltkonferenzen

unter anderem in Rio de Janeiro (Umweltgipfel 1992), Wien (Weltmenschenrechtskonferenz 1993), Kairo (Weltbevölkerungskonferenz 1994), Kopenhagen (Weltgipfel für soziale Entwicklung 1995) und Beijing (Weltfrauenkonferenz 1995).

Allerdings waren die verbuchten Erfolge allenfalls punktuell und gaben nicht viel Anlass zu Optimismus. Das Ergebnis von Rio+20 erinnert sehr viel eher an den Ausgangspunkt der Stockholmer Umweltkonferenz 1972 als der ersten dieser Art, was sich insbesondere daran zeigt, dass trotz des Wissens um die planetarischen Grenzen und um die Auswirkungen neoliberaler Politiken auf die Ärmsten keinerlei grundsätzliche Alternativen zu gängigen Gesellschafts- und Entwicklungsvorstellungen diskutiert wurden. Die herrschende Staatenwelt und deren multilaterale Organisationen scheinen »beratungsresistent« zu sein, insbesondere weil die von Teilen der Zivilgesellschaft vorgeschlagenen Gegenentwürfe neue globale Gesellschaftsverträge einfordern, die die Fundamente der Staats- und Wirtschaftsordnungen grundsätzlich infrage stellen. Nichtsdestotrotz haben hartnäckige langjährige zivilgesellschaftliche Initiativen beispielsweise im Bereich globaler Konventionen partielle Erfolge verbuchen können. Ohne diese Lobbyarbeit gäbe es wohl weiterhin weder ein Verbot von Landminen noch eine Konvention zum Schutze indigener Menschen und deren Rechte. Leider finden diese und ähnliche Erfolge allzu oft in der mangelnden Umsetzung und Respektierung der verabschiedeten Beschlüsse durch die Staaten ihre engen Grenzen. Aber sie eröffnen der Zivilgesellschaft neue Handlungs- und Aktionsspielräume.

Bislang konnte aber die eher episodenhafte Teilhabe von Zivilgesellschaft in UN-Organisationen nicht durch eine wesentlich bedeutsamere Einbindung in den globalen politischen Prozess erreicht werden, wie eine innerhalb der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) tätige Aktivistin nüchtern bilanzierte. Dabei wäre eine Grundlage dafür heutzutage deutlich eher gegeben als während der 1990er Jahre, was die Strukturen und Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Dichte und Qualität ihrer Netzwerke betrifft. Jedoch haben sich auch die geopolitischen und wirtschaftlichen Mächte weltweit der neoliberalen Agenda verschrieben, gegen die sich die zivilgesellschaftlichen Kräfte zur Wehr setzen müssen. Die interessengebundenen Bastionen der Herrschenden werden gegenüber den Versuchen zur Einflussnahme letztlich entschlossener denn zuvor verteidigt. Die UN sehen sich so nach wie vor mit der Herausforderung konfrontiert, einen Raum zu schaffen, in dem Konfrontation und Aushandlung stattfinden könnten – ganz so, wie es im Prozess der Fixierung der Universalen Erklärung der Menschenrechte schon nach dem Zweiten Weltkrieg im Zeichen des Kalten Krieges möglich war (McKeon 2009: 2).

Die Verhandlungen um die Post-2015-Agenda hingegen lassen eine solche ernst gemeinte Bereitschaft zur Berücksichtigung von Forderungen der globalen Zivilgesellschaft schwerlich erkennen, wenn man von den halbherzigen Pro-forma-Bemühungen einmal absieht, die eher als symbolische Geste zu verstehen sind. Zwar wurden zahlreiche Foren geschaffen, mittels derer zivilgesellschaftliche Akteure ihre Positionen einbringen durften. Doch während die dort präsentierten Empfehlungen dem Anschein nach in die laufenden Verhandlungen einbezogen wurden, verschwanden sie dann doch meist in den überarbeiteten Zwischenergebnissen wieder in der Versenkung. So lässt sich eher skeptisch fragen, ob damit nicht ein erhebliches Maß an Zeit und Energie aufgewendet wird, ohne dass der Ertrag dies letztlich rechtfertigt.

Wie schon andere vor ihm attestiert Kumi Naidoo (2010), langjähriger prominenter Aktivist transnationalen zivilgesellschaftlichen Engagements, den UN ein besorgniserregendes demokratisches Defizit. Dennoch plädiert er für eine Form der Einmischung und Partizipation, die Prinzipientreue und Pragmatismus zu vereinbaren sucht. Ein solches Vorgehen riskiert im Zuge der Beteiligung an Aushandlungsprozessen Kompromisse, die nicht immer von der eigenen Klientel geschätzt werden. Strategien der Partizipation als Versuch der Einflussnahme im Sinne eigener Werte und Normen sind häufig mit dem Dilemma konfrontiert, dass die Festlegung oder In-die-Pflicht-Nahme der Handelnden hinsichtlich einer fortschrittlichen Zielvorgabe Spannungen und Zerreißproben ausgesetzt sind. Kollisionen mit der politischen Wirklichkeit in dem Umfeld der Einflussnahme können zu »Kollateralschäden« führen. Der viel beschworene »Sachzwang« führt dann zu Ergebnissen, die in Kontrast zu den ursprünglichen Idealen stehen können und anders gelagerte Interessenpolitik legitimieren. Wie ein intimer Kenner der Vorgänge am Hauptsitz der UN in New York feststellte, ist dies keinesfalls eine einmalige Situation. Alle diejenigen, die Lebensbedingungen der Menschen verbessern wollen – und zwar egal, in welchem Bereich – sind mit dieser Gratwanderung konfrontiert. Die

wahre Bewährungsprobe für Aufrichtigkeit und Integrität besteht darin, dass keine Zweckmäßigkeit auf Kosten des Guten akzeptiert wird, sondern dass beides miteinander in Einklang zu bringen versucht wird (Coicaud 2007: 300 f.). – Das hört sich einfacher an, als es zu machen ist. Aber es erinnert an die erforderliche Güterabwägung, wie lange sich ein Engagement rechtfertigen lässt, bevor es letztlich zur Feigenblattfunktion für diejenigen verkommt, denen an einer Mindestberücksichtigung zivilgesellschaftlicher Forderungen eigentlich gar nicht wirklich liegt.

Auch aufgrund der weitgehenden Abwesenheit von solch ernsthaften Partizipationsmöglichkeiten führte die Enttäuschung über den damit einhergehenden Mangel an politischen Erfolgen dazu, dass sich mit dem Weltsozialforum (WSF) in Porto Allegre zur Jahrhundertwende eine neue globale Plattform von auf unterschiedlichen Ebenen operierenden Sozialbewegungen formierte (Melber/Wilß 2007). Diese globale Organisationsform schützt allerdings nicht vor internen Konflikten und Auseinandersetzungen um eine gemeinsame Strategie. Ganz so einig, wie es mitunter den Anschein erwecken mag, sind auch die unterschiedlichen Akteure innerhalb des *alter-globalist movement* keinesfalls. In der dort zu verortenden Strategiedebatte kursiert so auch der aus dem Schach entlehnte Begriff »Patzer«. Dabei handelt es sich um einen strategischen Zug, der dem Gegner einen vermeintlichen Vorteil bietet, falls dieser darauf eingeht. Sollte er darauf hereinfallen, würde dies im weiteren Spielverlauf zu dessen Nachteil führen. Ein erfahrener Aktivist aus der Umweltbewegung brachte die Güterabwägung auf den Punkt: Ihm zufolge müssten diejenigen, die sich im Umfeld der UN positionieren, ständig geprüft und zur Rechenschaft gezogen werden – im Bewusstsein darüber, dass vermeintliche Gewinne leicht zu Verlusten und damit zu Patzern führen können (Mooney 2012: 331).

Dass dem Engagement transnationaler Zivilgesellschaft in unterschiedlicher Form trotz der begrenzten Einflussnahme auf globale Politikprozesse eine wichtige Rolle zukommt, ist auch in Kreisen des Weltwirtschaftsforums (WEF) nicht verborgen geblieben. So richtete das WEF in einem anlässlich des jährlichen Treffens in Davos im Januar 2013 vorgelegten Bericht das Augenmerk auf die International Advocacy Non-Governmental Organisations (IANGOs). Zu deren Bedeutung merkte die Studie an, dass die Zivilgesellschaft das Bindemittel sei, um öffentliche und private Aktivitäten zur Stärkung des Gemeinwohls zusammenzubringen. Dabei müssten zivilgesellschaftliche Akteure Integrität, eine gemeinsame Zielsetzung und ein hohes Maß an Vertrauen sicherstellen. Dann würde die Zivilgesellschaft eine einflussreiche Rolle spielen können, politischen und gesellschaftlichen Raum zur Zusammenarbeit zu schaffen, der auf den Kernwerten von Vertrauen, Dienst und dem Gemeinwohl basiert (World Economic Forum 2013: 6). Dabei fällt auf, dass es die IANGOs sind, die dem WEF als Hauptadressat ins Blickfeld gerückt sind. Dies scheint den Eindruck zu bekräftigen, dass diese in einer anderen Liga spielen als die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie erinnern mittlerweile oftmals mehr an Großbetriebe, deren wirtschaftliche Grundlage im Handeln mit Werten besteht und deren Potenz vom Grad der Kooperation mit den eigentlich Mächtigen im Staat sowie in der Finanz- bzw. Kapitalwelt abhängt.

Es ist ähnlich bemerkenswert, dass der Begriff des Vertrauens hier binnen weniger Sätze gleich zweimal bemüht wird. Er ist zentraler Bestandteil des Konzepts des »sozialen Kapitals«, das eben nicht nur auf materiellen Ressourcen basiert, sondern auch auf Glaubwürdigkeit, Integrität und Zuverlässigkeit. Diese und ähnlich ehrbare Attribute lassen sich durch die Formulierung von ideellen Positionen und Zielvorstellungen erlangen, insbesondere wenn diese entsprechend konsequent und transparent im öffentlichen Raum vertreten und praktiziert werden. Angesichts des anhaltenden neoliberalen Ausverkaufs von Grundwerten des Gesellschaftsvertrags nimmt das soziale Kapital der dominanten Akteure in Wirtschaft und Politik drastisch ab und der Vertrauensverlust rapide zu. Es ist heutzutage nur noch schwerlich vorstellbar, dass sich mit dem Begriff »Banker« in der Bevölkerung einmal positive Assoziationen verbanden. Die IANGOs könnten da dank ihres Ansehens als sichtbare und willige Kooperationspartner verlorenes Terrain wenigstens indirekt wieder gutmachen.

Aber wer soll hier letztlich wem vertrauen und wer reklamiert die Definitionsmacht und -gewalt? Wenn die Bill & Melinda Gates Foundation der FAO mehr Geld für Projekte in einem Jahr spendet, als diese im operativen Budget zu ihrer Verfügung hat, stellt sich durchaus die Frage, wer hier wen wie beeinflusst, wenn es beispielsweise um die strittige Frage einer »grünen Revolution« für die afrikanische Landwirtschaft geht, von der die Existenz von Millionen kleinbäuerlicher Einheiten betroffen ist. Dies rührt zugleich an die prinzipiell unterschiedlichen Vorstellungen, für wen

Blumen in der Wüste von Atacama, Chile.

agrarwirtschaftliche Produktion gesteigert werden soll: für eine exportorientierte, auf Monokulturen basierende Agronomie oder den heimischen, auch selbstversorgenden Markt durch diversifizierte (klein-)bäuerliche, angepasste Produktion? Die von der New Partnerschaft for Africa's Development (NEPAD) propagierte Modernisierung der afrikanischen Agrarwirtschaft hat in der Bill & Melinda Gates Foundation den prominentesten Befürworter und Partner. Dabei sind die Profiteure gentechnischer landwirtschaftlicher Produktion in großem Ausmaß wie Monsanto nicht weit.

Sollte hingegen die Vision des WSF zutreffen, dass eine andere Welt tatsächlich möglich ist *(another world is possible),* ist dies mit großer Wahrscheinlichkeit nicht die Welt des WEF und seiner Akteure oder die der Philanthropen. Es ist auch nicht die des Nestlé Konzerns, der anscheinend die Renovierung eines Saales am ehrwürdigen Sitz der UN in Genf spendiert (dem ehemaligen Völkerbund-Domizil). Damit werden aktuelle Tendenzen sichtbar, durch private Großkapitaleigner und -konzerne die Global Governance noch weiter an die privatwirtschaftlichen Eigeninteressen zu binden und damit noch mehr Einfluss zu gewinnen. Stattdessen sollten die Staaten durch ihre Regierungen Terrain zurückgewinnen und durch eine stärkere Finanzierung der UN diese weniger anfällig für solche Offerten und damit wieder etwas autonomer machen. Aber das setzt natürlich voraus, dass eine autonomere Weltorganisation überhaupt als wünschenswert oder notwendig gilt.

Ganz im (Un-)Sinn solcherart gestrickter *public-private partnerships* entsteht daraus eine vorgebliche *Win-win*-Situation die nur selten, wenn überhaupt, dem Allgemeininteresse – im Sinne des Interesses der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung – entspricht. Vielmehr wird durch die fortdauernde und intensivere Delegierung von Staatsaufgaben an private Großfinanziers – mögen sie auch noch so philanthropisch daherkommen – die eigentliche Verantwortung der Regierungen und der Weltorganisation, in denen diese ja genau besehen zum Wohle der Menschheit agieren sollen, weiter unterminiert. Damit werden Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten abgegeben, indem eine weitere Privatisierung öffentlicher Güter nicht nur zugelassen, sondern sogar aktiv gefördert wird.

Aber globale öffentliche Güter sollten durch eine globale öffentliche Kontrolle geschützt werden. Massive Interventionen seitens einer transnationalen Zivilgesellschaft, die sich für die Sicherung des Überlebens auf unserer Erde einsetzt, sind angesichts solcher Konstellationen dringend geboten.

Die begrenzten, systemimmanenten Vorstellungen von zivilgesellschaftlichem Engagement und transnationaler Zivilgesellschaft jener Akteure, an die aufgrund ihrer materiellen Potenzen politischer Einfluss delegiert wird, weichen oft prinzipiell von denen ab, die – wie in der grundsätzlichen Intervention durch die Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives (2012) – nur eine auf allseitige Gerechtigkeit gründende Zukunft für denkbar halten. Dabei wird auch von diesem Bündnis nicht-staatlicher Akteure ein neues Staatsverständnis gefordert und die Rolle des Staates in der Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl neu diskutiert. Es geht um mehr Einmischung im ursprünglichen Sinne staatlichen Handelns, um gesellschaftliches Gemeinwohl sicherzustellen, anstatt das Wohl einer ohnehin bereits privilegierten Elite in Form von Steuerpolitik und anderen Vergünstigungen weiter zu fördern. Auch der Schutz globaler öffentlicher Güter für eine Zukunftssicherung nachfolgender Generationen gehört genau besehen zur Kernfunktion staatlichen Handelns, das es einzufordern gilt. Es geht also keinesfalls um einen Rückzug aus staatlicher Sphäre oder einen Rückzug des Staates, wohl aber um die Besetzung eines Aktionsfeldes, das gerade auch als Transnationalität nationalstaatliche Aktionsfelder neu definiert.

Globale öffentliche Güter müssen eben gerade auch auf der jeweiligen Staatsebene entsprechend geschützt werden. Diese Aufgabe kann nicht an eine abstrakte Einheit »Weltorganisation« (oder G20, G7 oder andere Formen von *club governance*) delegiert werden, wenn deren Mitgliedsstaaten sich der Verantwortung entziehen. – Oftmals geschieht dies mit dem Argument, dass andere Akteure sich ja auch nicht um die Zukunft scheren, sondern ihre Eigeninteressen in der Gegenwart verfolgen. Sollen globale Ziele propagiert und durchgesetzt werden, bedürfen sie der nationalen Kampagnen zur Mobilisierung und Einflussnahme mindestens ebenso wie der Partizipation in globalen Politikprozessen. Das Eine findet ohne das Andere nicht statt, wie schon der vor einigen Jahren geprägte Begriff des »glokalen« Handelns suggerierte. Die mannigfaltige Bündnispolitik ist dabei trotz aller Risiken ausdrücklich mit eingeschlossen.

Zu guter Letzt sollten wir dabei auch nicht vergessen, an was uns die großflächig aufgemalte Parole an der Wand eines im Berliner Stadtteil Neukölln besetzten Hauses in den sozialen Kämpfen um »eine Global Governance für eine menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung« (Kirchenamt der EKD 2014: 101) erinnert: »Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.«

Dr. Henning Melber
ist emeritierter Direktor der Dag Hammarskjöld Stiftung in Uppsala/Schweden.

Literatur

Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives (2012): *No future without justice. Report of the Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives*. Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation (development dialogue 59)

Coicaud, Jean-Marc (2007): INGOs as Collective Mobilization of Transnational Solidarity: Implications for Human Rights Work at the United Nations. In: Bell, Daniel A.; Coicaud, Jean-Marc (Hrsg.): *Ethics in Action. The Ethical Challenges of International Human Rights Nongovernmental Organizations*. New York: Cambridge University Press

Davies, Thomas (2014): *A New History of Transnational Civil Society*. London: Hurst

Kirchenamt der EKD (Hrsg.) (2014): *Auf dem Wege der Gerechtigkeit ist Leben. Nachhaltige Entwicklung braucht Global Governance*. Hannover: Evangelische Kirche in Deutschland

McKeon, Nora (2009): *The United Nations and Civil Society. Legitimating Global Governance – Whose Voice?* London und New York: Zed Books

Melber, Henning; Wilß, Cornelia (Hrsg.) (2007): *G8 macht Politik. Wie die Welt beherrscht wird*. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel

Mooney, Pat (2012): Civil society strategies and the Stockholm syndrome. In: Niclas Hällström mit Robert Österbergh (Hrsg.): *What Next Volume III. Climate, Development and Equity*. Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation (development dialogue 61)

Naidoo, Kumi (2010): *Boiling Point – Can citizen action save the world?* Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation (development dialogue 54)

Thörn, Håkan; Moksnes, Heidi (2012): Global civil society – beyond the ›good' and the ›bad‹. In: Moksnes, Heidi; Melin, Mia (Hrsg.): *Global Civil Society – Shifting Powers in a Shifting World*. Uppsala: Uppsala Centre for Sustainable Development

World Economic Forum (in Zusammenarbeit mit KPMG International) (2013): *The Future Role of Civil Society*. World Scenario Series. http://www3.weforum.org/docs/WEF_FutureRoleCivilSociety_Report_2013.pdf

Transformative Anwaltschaftsarbeit

BERND NILLES (CIDSE)

Werfen wir einen Blick auf die heutige entwicklungspolitische NRO-Landschaft, so blicken wir bereits auf einige Jahrzehnte organisierter Arbeit für globale Gerechtigkeit, Menschenwürde, einen gerechteren Zugang zu Ressourcen und Teilhabe sowie für ein Leben in Frieden und Freiheit zurück. Die CIDSE Allianz feiert 2015 ihren 50. Geburtstag. Staatliche wie nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit hat sich über die Jahrzehnte stets weiterentwickelt. Während zunächst eher Hilfe und Nothilfe im Mittelpunkt standen, hat sich insbesondere mit dem Widerstand gegen das Apartheid-Regime in Südafrika wie auch mit den Umwälzungen in Mittel- und Südamerika die entwicklungspolitische Arbeit der NRO stark politisiert. Nahezu alle NRO – wenn auch in verschiedenem Umfang – haben in den letzten Jahrzehnten erheblich in die politische Anwaltschafts- und Kampagnenarbeit investiert. Größere NRO haben zudem ihre finanziellen Möglichkeiten genutzt, am Aufbau und der Stärkung weiterer entwicklungspolitischer Initiativen und Organisationen mitzuwirken. Schließlich haben die Universitäten zunehmend gut ausgebildete Arbeitskräfte hervorgebracht, die heute die politischen Abteilungen von NRO und Hilfswerken prägen. Diese sollen mit professioneller Lobby- und Kampagnenarbeit politische Entscheidungsprozesse dahingehend beeinflussen, dass Armut besser bekämpft wird, aber vor allem, dass sich politische Entscheidungen nicht negativ auf arme und verwundbare Bevölkerungsgruppen auswirken. Zudem wird auch direkt Druck auf Konzerne ausgeübt, die zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden beitragen.

All das ist nicht ohne Erfolg: Unsere Partner im Süden haben zum Ende der Apartheid und so mancher Diktatur beigetragen, alternative Politikvorschläge wurden teilweise aufgegriffen, die Kampagne »Jubilee 2000« hat Schuldenerlasse erwirkt, Menschenrechtsansätze wurden verstärkt, Kleinbauern gelten bei internationalen Entwicklungsinstitutionen wieder als wichtige Akteure, das Konzept der Politikkohärenz für Entwicklung wurde aufgegriffen[1] und schließlich sehen wir sogar mehr Finanzmarktregulierung und – nach etwa 14 Jahren Lobbyarbeit – im Jahr 2016 vielleicht sogar die Geburt der Finanztransaktionssteuer. Entwicklungspolitische NRO sind im Norden anerkannt, werden konsultiert und gehen in Ministerien ein und aus. Alles in allem kein schlechter Job, vielleicht kann man sogar sagen: Mehr war nicht drin.

Oder doch?

Aus Sicht einer entwicklungspolitischen NRO können wir leider nur feststellen, dass wir den Kampf gegen Armut und Ungerechtigkeit zu verlieren drohen. Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Gesellschaften werden tiefer, viele Menschen leiden an Hunger. Trotz aller Klimamaßnahmen entstehen mehr Treibhausgase und weltweit stoßen wir an ökologische Belastungsgrenzen. Vielfach werden falsche Lösungen angeboten, in denen die Interessen von Unternehmen weiterhin Vorrang vor den Interessen der Menschen und der Bewahrung der Schöpfung erhalten. Wie können wir deutlich machen, dass unser heutiges Wirtschafts- und Entwicklungsmodell für viele Menschen eine Bedrohung darstellt? Wie können wir dazu beitragen, dass Menschen ihren Lebens- und Konsumstil ändern und sich der Transformation hin zu einer gerechteren Welt zuwenden?

Systemkrise anerkennen

2008 kam es zu einem wichtigen Wendepunkt bei den katholischen Hilfswerken, die in der internationalen Allianz CIDSE zusammenarbeiten. Angesichts der Weltfinanzkrise sahen wir uns gefordert, noch einmal genauer die Logik und die Gemeinsamkeiten hinter all den globalen Trends anzuschauen. Gerade das Zusammenwirken der jüngeren Krisen – der durch das Finanzsystem verursachten Weltfinanzkrise, der durch Nahrungsmittel- und Landspekulation zusätzlich verschärften Ernährungskrise, des bedrohlich fortschreitenden Klimawandels sowie der zunehmenden Ressourcenknappheit und der wachsenden Ungleichheit in

1 Zum Beispiel im Lisabonvertrag der EU

und zwischen Gesellschaften – hat eine Komplexität angenommen, der mit dem Drehen an einigen Stellschrauben nicht beizukommen ist.

Das Wissen um diese Komplexität ist nicht neu: Schon beim UN-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde gefordert, die Politik auf die Interdependenz ökologischer, ökonomischer und sozialer Problemdimensionen auszurichten sowie Produktion und Konsum den planetarischen Grenzen anzupassen. Offensichtlich waren diese Beschlüsse und insbesondere deren Umsetzung nicht ausreichend. Im Gegenteil: Die wirtschaftliche Globalisierung hat dazu geführt, dass sich unsere im Norden gepflegte, auf Wachstum basierende Wirtschafts- und Konsumweise weiter ausgeweitet hat. Denn auch Entwicklungs- und Schwellenländer haben diese übernommen – einige freiwillig, andere unter dem Druck der konditionierten Hilfe – in der Hoffnung auf schnelles wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand. Doch auch in diesen Ländern entstehen dadurch nur zeitlich begrenzte Wohlstandsgewinne und langfristig leiden gerade die Armen leiden unter den Nebenwirkungen derartiger Wachstumsstrategien und Produktionsweisen (CIDSE 2011 b).

Auf diese Entwicklungen hat CIDSE, wie auch viele andere NRO, bisher durch den Ausbau von Fachkompetenz in politischen und wirtschaftlichen Fragen sowie von Lobby- und Kampagnenarbeit reagiert. Aber eine noch so gute Entwicklungszusammenarbeit und eine noch so effiziente Lobbyarbeit bringen uns letztendlich unserem Ziel von globaler Gerechtigkeit und einem Leben in Würde für alle Menschen nicht ausreichend nah. Sektorale Antworten allein reichen nicht mehr aus, denn wir befinden uns in einer Systemkrise! CIDSE hat daraus den Schluss gezogen, an alternativen Entwicklungsmodellen mitzuwirken und unsere Arbeit daraufhin auszurichten.

1. Alternativen ernst nehmen und mitgestalten

Während unsere Politikerinnen und Politiker vor den TV-Kameras noch Wirtschaftswachstum als einzigen Weg zu Wohlstand und Zufriedenheit predigen, hat hinter den Kulissen die Suche nach Alternativen zu Wirtschaftswachstum als zentralem Wohlstandsindikator schon begonnen: In vielen europäischen Ländern – so auch in Deutschland – und auf Ebene der Vereinten Nationen (UN) werden Expertenkommissionen eingesetzt, die sich mit der Frage auseinandersetzen sollen, wie angesichts der Grenzen des Wachstums (Club of Rome) und klimapolitischer Notwendigkeiten Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlicher Fortschritt über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinaus gemessen und wie eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch erreicht werden kann (Enquete-Kommission des Deutschen Bundestag 2010, 2013).[2]

Menschenwürde und Schöpfung müssen in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen und individueller Lebensweisen gerückt werden. Innerhalb der Grenzen der Erde zu leben, kann nur durch ganzheitliche Ansätze gelingen. Das Konzept der Nachhaltigkeit bietet einen möglichen Ansatz für systemische Veränderungen. Die Vision nachhaltiger Entwicklung zielt auf einen grundlegenden Kurswechsel in allen Bereichen, die den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, soziale Gerechtigkeit und eine ausgewogene, solide, selbstbestimmte wirtschaftliche und soziale Entwicklung für alle Länder ermöglichen (BfW/EDD/BUND 2009). Für eine nachhaltige Lebensweise, die auch nachfolgende Generationen im Blick hat, ist unabdingbar, dass die Menschen sich als Bewahrer der Schöpfung sehen und ihren Auftrag, die Ressourcen der Erde zu nutzen und zu verwalten, ernst nehmen. Das bedeutet auch, dass die eigene Freiheit auch immer die Freiheit der anderen im Blick haben muss, weltweit und über Generationen hinweg. Nur so kann es uns gelingen, die Würde des Menschen zu respektieren, insbesondere mit Blick auf die Armen und Verwundbaren. Denn das Gemeinwohl beschränkt sich nicht auf eine Gruppe von Menschen, auf ein Land, einen Sektor. Es ist die Summe aller sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedingungen, die es Frauen und Männern ermöglicht, »ganzheitliche menschliche Entwicklung« zu erzielen (Benedikt XVI. 2009; ähnlich siehe: Franziskus 2013).

Im Kontext der Entwicklungspolitik bedeutet dies, die Defizite der aktuellen Entwicklungskonzepte anzugehen. Bei dem Versuch kommt man unweigerlich zu der Erkenntnis, dass der Begriff »Entwicklung« als solcher problematisch ist und eng in Verbindung mit Wachstum und Konsum steht. Heute gilt als weitgehend anerkannt, dass ein Wachstum des BIP nicht automatisch zu besseren Lebensbedingungen für

2 Einige weitere interessante Initiativen, die sich mit Alternativen zu wirtschaftlichem Wachstum beschäftigen, sind: Share the World's Resources, The New Economics Foundation, die UN Economic and Social Commission for Asia and the Pacific sowie das International Policy Centre for Inclusive Growth.

Blick auf die Skyline von Atlanta während der Hauptverkehrszeit, Vereinigte Staaten von Amerika.

alle führt und dass der Konsum nicht lebensnotwendiger Güter den Lebensstandard über einen bestimmten Punkt hinaus nicht verbessert. Die Konsequenzen des heutigen Entwicklungsmodells, das unter dem Primat des Wachstums und neoliberaler Wirtschaftspolitiken steht, sind bekannt: unhaltbare Machtkonzentrationen und daraus resultierende Ungleichheit, Umweltzerstörungen durch Monokulturen und Bergbauindustrien sowie Klimawandel. Aber auch über Jahrhunderte tradierte soziale Organisationsformen wie das Patriarchat oder radikaler Individualismus behindern nachhaltige Entwicklung. Gefordert ist ein ganzheitlicher Wandel, der neben der sozialen und wirtschaftlichen auch die kulturelle und spirituelle Dimension umfasst. Im Mittelpunkt dieser Veränderungen müssen insbesondere die Menschen stehen, die unter den Schwächen des Systems am stärksten leiden, aber auch diejenigen, die nach Teilhabe streben, und schließlich diejenigen, die heute am meisten profitieren. Wandel muss mit der Veränderung des Einzelnen beginnen, der seinen Lebensstil den ökologischen Grenzen anpasst, der auf die Gemeinschaft und auf das Teilen setzt. Wandel erfordert, dass Menschen sich organisieren und dass lokale Gemeinschaften am öffentlichen Leben teilhaben.

2. Paradigmenwechsel anstreben

Ein bestehendes Paradigma lässt sich nicht innerhalb von Tagen und Wochen ändern. Änderung ist aber möglich. So fand die Apartheid in Südafrika nach jahrelangem Kampf ein Ende, in Brasilien wurde ein führender Gewerkschafter zum Präsidenten gewählt, ein indigener Politiker wurde Präsident von Bolivien und die deutsche Regierung machte eine »Energiewende«. Aber trotz der Energiewende bleibt in Deutschland der Energieverbrauch hoch. Neue Autos verbrauchen zwar weniger Treibstoff, sind damit aber finanziell attraktiver als der Zug. Die Frage, ob eine Familie wirklich zwei oder drei Autos benötigt, wird selten gestellt. Immer mehr Menschen kaufen zwar in Bioläden, aber der Konsum und die Lebensmittelabfälle sinken nicht. Nach den Wahlen von Luiz Inàcio Lula da Silva im Jahr 2003 verbesserte sich der Lebensstandard in Brasilien durch Sozialprogramme und das Wachstum des formellen Sektors. Brasilien vollzieht aber gleichzeitig eine sogenannte Reprimarisierung, eine Rückkehr zu einer rohstoffbasierten Wachstumsstrategie. Die tropischen Urwälder des Amazonas fallen den vielen neuen Straßen zum Opfer, die den schnellen Zugang zu den Abbaugebieten ermöglichen. Nach der demokratischen Wahl von Nelson Mandela im Jahr 1994 erhielt Südafrika die Freiheit. Gleichzeitig entwickelte sich das Land zu demjenigen mit den weltweit größten Ungleichheiten. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich und Südafrika wurde aufgrund seiner Rohstoffwirtschaft der zwölftgrößte Treibhausgas-Emittent.

Unsere Partner aus dem Süden erinnern uns immer wieder daran, dass Veränderung auch bedeutet, sich mächtigen Akteuren und den Interessen transnationaler Konzerne zu widersetzen. Um Machtdynamiken zu verändern, ist ein wachsendes politisches Bewusstsein erforderlich wie auch die Mobilisierung von Unterstützerinnen und Unterstützern. Wir müssen die Gelegenheit ergreifen, uns mit denen zu solidarisieren, die am meisten unter dem gegenwärtigen System leiden – im Süden wie hier bei uns im Norden.

3. Raum schaffen für neue Strategien

Im Rahmen des CIDSE-Netzwerks haben wir erste Schritte dahingehend unternommen, wie wir zu einer größeren Transformation beitragen können (CIDSE 2013).[3] Der Prozess hat gezeigt, dass Kritik am System, am Kapitalismus, am Wachstumsparadigma kein einfaches Unterfangen ist. Während in einigen Ländern Europas und des Südens die radikale Kritik am System weit verbreitet ist und Denkansätze hin zu Alternativen in NRO und Wissenschaft schon als Mainstream gelten, schließen sich in anderen Ländern

3 Dazu gehören unter anderem die Stellungnahme zum Grünbuch der Europäischen Kommission (CIDSE 2011a), das auf umfangreichen Forschungsarbeiten zu globalen Entwicklungstrends basierende Projekt »Leading Edge 2020« (Trocaire 2012) und das wegweisendes Projekt von CAFOD zu den Standpunkten südlicher Zivilgesellschaften zum globalen Entwicklungsrahmen nach 2015 (CAFOD 2011). Weitere NRO-Hilfswerke wie CCFD-Terre Solidaire aus Frankreich und auch MISEREOR haben wichtige Arbeiten zu zentralen Zukunftsfragen und zur Neupositionierung katholischer Entwicklungsarbeit begonnen, die wir versuchen, auf der Netzwerkebene zusammenzuführen.

Europas und des Südens schnell die Türen, wenn NRO-Vertreterinnen und -Vertreter auch nur von einer Abkehr vom BIP als zentralem Wohlfahrtsindikator überzeugen möchten. Es gilt somit, zunächst einmal eine geeignete Sprache und passende Ansatzpunkte für die angestrebten Veränderungen zu finden.. In einem Workshop der CIDSE wurden folgende zentrale Ziele entwickelt, für die wir zukünftig arbeiten wollen[4]:

- ein neues Verständnis von Entwicklung und Wohlergehen, das sowohl die Gleichstellung der Geschlechter, Solidarität sowie eine Wirtschaft umfasst, die weltweit im Dienst der Gesellschaft steht und die die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde respektiert.
- einen Übergang vom heute dominierenden Wachstums- und Entwicklungsparadigma hin zu gerechteren und nachhaltigeren Gesellschaften und Lebensbedingungen.
- gerechte Machtstrukturen, indem wir uns mit denen solidarisieren, die im Norden sowie im Süden am stärksten unter Ungleichheit und fehlender Nachhaltigkeit leiden.
- mutige Allianzen für den Wandel. Diese wollen wir aktiv mitgestalten und dafür Allianzen innerhalb der Zivilgesellschaft und mit unseren Partnern im Süden sowie über Sektoren hinaus schmieden.

4. Transformative Anwaltschaftsarbeit

Um diesen Zielen näherzukommen, arbeiten wir an einem Konzept transformativer Anwaltschaftsarbeit. Damit wollen wir entwicklungspolitische Strategien bereits in der Planung auf ihre transformative Wirkung hin prüfen und ausrichten. Folgende Strategien wurden als wirksam und transformativ identifiziert: sich verstärkt auf solche politischen und gesellschaftlichen Prozesse konzentrieren, in denen Samen für nachhaltige Veränderungen gesät und in denen neue Debatten angestoßen werden können. Das bedeutet ein Weg von einer reaktiven Anwaltschaftsarbeit hin zum »Agenda Setting«.

- eine deutlichere und weniger kompromissorientierte Sprache wählen, die der Dringlichkeit zu handeln gerecht wird, und nicht davor zurückschrecken, Wachstumsmodelle und falsche Antworten auf Krisen anzuzweifeln, selbst wenn politische Verantwortliche das zunächst nicht ernstnehmen und Vorschläge zurückweisen.
- identifizieren und thematisieren, was wachsen soll, wie beispielsweise lokale Wirtschaftskreisläufe und lokaler Konsum, und was überwunden werden muss, wie beispielsweise Nahrungsmittelverschwendung, exzessiver Fleischkonsum, Extraktivimus und klimaschädliche Produktionsweisen.
- weniger an exklusiven Lösungen für den Süden arbeiten, sondern verstärkt an Ansätzen, die für Nord und Süd gelten, und dabei sowohl die diejenigen, die am stärksten unter dem heutigen Paradigma leiden, in den Blick nehmen als auch diejenigen, die am meisten von ihm profitieren.
- neue Allianzen schmieden über Sektoren hinaus. Bei Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Akteuren in Wirtschaft und Politik sowie der Wissenschaft Verbündete suchen. Zudem den wachsenden Teil der Gesellschaft ansprechen, der sich aus den verschiedensten Beweggründen von einer Konsumorientierung abwendet und Alternativen sucht.
- ein glaubhafter Akteur werden, indem wir aufhören Wasser zu predigen und Wein zu trinken. Wir sollten versuchen ernsthaft den Wandel zu leben, den wir einfordern. Für diesen Wandel sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihre Ideen und ihr Einsatz gefordert. Es gilt, neue Formen der Organisation, der Kommunikation, der Zusammenarbeit zwischen Programm-, Anwaltschafts-, Kampagnen-, Bildungs- und anderen Fachleuten zu fördern.
- gemeinsam mit Unterstützer- und Solidaritätsgruppen ein Beispiel geben und Alternativen stark machen, die funktionieren und die es sich lohnt, auszuprobieren, sowie die Freiheit eines jeden zu propagieren, unter seinen Möglichkeiten zu leben und stärker auf Teilen und Leihen zu setzen als auf Besitz.

Aufbauend auf diesen Überlegungen stehen bei CIDSE folgende nächste Schritte an: Wir verstärken weiterhin unsere themenübergreifende Anwaltschaftsarbeit, indem wir Positionspapiere und Lobbystrategien in themenübergreifenden Teams und mit neuen Partnern erarbeiten. Dies geschieht bereits beispielsweise zu Fragen von Agrar- und Klimapolitik, Entwicklungsfinanzierung, Bergbau, Steuerflucht sowie zu Wirtschaft und Menschenrechten. In diesem Zusammenhang beobachten wir beispielsweise, dass wir Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger

4 Es handelt sich hierbei noch nicht um eine offizielle Position der CIDSE, sondern um Empfehlungen die 2014 in die strategische Planung einfließen sollen.

in EU oder UN, die bisher isoliert voneinander arbeiteten, an einen Tisch bringen können. Besonders deutlich wurde dies bei der Arbeit zu den neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen, die wir als wichtige Möglichkeit ansehen, hin zu einem neuen Verständnis und einer Neuausrichtung der Entwicklungspolitik zu gelangen. Zu Beginn der Verhandlungen wollte sich beispielsweise die EU-Entwicklungsdirektion lediglich auf die Umsetzung der bestehenden MDGs beschränken. Die Umweltdirektion dagegen griff die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) auf. Erst Druck vonseiten der NRO hat die beiden Akteure an einen Tisch gebracht. Und weltweiter Druck – auch mithilfe neuer breiter Allianzen wie zum Beispiel »Beyond 2015« – hat schließlich dazu geführt, dass Regierungen jetzt nachhaltige Entwicklungsziele verhandeln, die Umwelt und Entwicklung in sich vereinen und universell gelten sollen.

Aufbauend auf der Frage, welche Impulse zu systemischen Veränderungen beitragen können, werden wir die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und damit die Veränderung der Lebensstile in den Mittelpunkt von Kampagnen und Aktionen stellen. Dabei geht es unter anderem darum, die Folgen des Überkonsums begrenzter Ressourcen deutlich zu machen und zugleich mithilfe unserer Unterstützergruppen ressourcenarme Lebensstile zu testen und zu verbreiten. Es geht hierbei darum, Wissen und Solidarität in messbare Veränderung umzusetzen.

Unter Beteiligung von Partnern in Süd und Nord soll der Prozess in Richtung eines Paradigmenwechsels weitergeführt werden, indem Erfahrungen ausgetauscht, Strategien weiterentwickelt und deren Umsetzung befördert werden.

Fazit

Angesichts der Notwendigkeit fundamentaler Reformen und neuer Spielregeln, müssen auch entwicklungspolitische NRO ihre Rolle neu definieren. Mit ihrer globalen wie lokalen Perspektive sowie ihrer Erfahrung mit Langzeitprozessen müssen sie sich in die Debatte über die Neuausrichtung wirtschaftlicher und politischer Parameter einbringen. Denn eine moderne Entwicklungszusammenarbeit darf sich nicht mehr nur darauf beschränken, die Einkommensarmut zu überwinden, sondern muss Beiträge zu vielfältigen Entwicklungsherausforderungen wie Klimawandel, Ungleichheit und Sicherheit leisten (Janus/Klingebiel/Paulo 2014). Deshalb ist es auch richtig und wichtig, dass entwicklungspolitische NRO weltweit versuchen, Antworten auf das Scheitern der gegenwärtigen Wirtschafts- und Konsumweise zu geben, insbesondere wenn weiterhin vonseiten vieler Entwicklungsministerien Wirtschaftswachtum, privatwirtschaftliche Investitionen und freier Markt als »neue« Leitlinie vertreten werden (European Commission 2011).

Es gilt, Alternativen in den Blick zu nehmen, die eine Wirtschaft anstreben, die die ökologischen Grenzen der Erde respektiert und die soziale Gerechtigkeit für alle in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehören zum Beispiel die »viable economy«, die »Ökonomie des Schenkens«, »Wirtschaft in Gemeinschaft« und die »Solidarwirtschaft« sowie Genossenschaftsbanken, ethische Investitionen und fairer Handel. Maßnahmen in diesem Kontext können unter anderen die Begrenzung und Überwachung des ökologischen Fußabdrucks, die Verlagerung von Produktions- und Vertriebsketten auf die lokale Ebene und die Überwindung des übermäßigen Konsums sein. Derartige Veränderungen sind aber nur durch verbindliche Regeln für den Privatsektor, wie eine Finanzmarktregulierung, erreichbar. Denn es hat sich gezeigt, dass freiwillige Verhaltenskodizes und unternehmerische soziale Verantwortung völlig unzureichend sind, um Konzerne zu umwelt- und klimafreundlichem, menschenwürdigen und nachhaltigen Wirtschaften zu bewegen (CIDSE 2011).

Neben allen Ambitionen beobachten wir zugleich eine weltweit zunehmende Behinderung der Arbeit von NRO. In über 60 Ländern existieren bereits rechtliche Einschränkungen. In unzähligen Ländern werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von NRO, insbesondere von Menschenrechtsorganisationen, bedroht. Gerade im Umfeld der Ausbeutung natürlicher Ressourcen lassen sich soziale und gewaltsame Konflikte beobachten, unter denen zuerst die lokalen Bevölkerungen und zivilgesellschaftlichen Kräfte leiden, die gegen die von staatlichen Stellen und transnationalen Unternehmen begangenen Umweltvergehen und Menschenrechtsverletzungen aufmerksam machen (CIDSE/ACT 2012; Trócaire 2012). Gerade auch deshalb dürfen entwicklungspolitische NRO die Auseinandersetzung mit Politik und Wirtschaft nicht scheuen. Unsere Arbeit genießt in allen Gesellschaften höchste Anerkennung und Vertrauen. Kaum eine Politikerin oder ein Politiker, eine Partei oder ein Unternehmen kann ähnliches für sich in Anspruch nehmen. Unsere Arbeit wird umso erfolgreicher sein, je stärker

Menschen uns als Akteure in der Gesellschaft – als »Change Agents« – und nicht nur als Geldtransferorganisationen wahrnehmen.[5]

Bernd Nilles
ist Generalsekretär des CIDSE-Netzwerkes.

Literatur

Bain, Chris; Nilles, Bernd (2012): Die globalen Krisen als Chance – katholische Hilfswerke setzen neue Akzente. In: Schreijäck, Thomas (Hrsg.): Horizont Weltkirche: Erfahrungen – Themen – Optionen und Perspektiven, S. 459–478

Brot für die Welt (BfdW)/Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) (Hrsg.) (2009): Wegmarken für einen Kurswechsel: Eine Zusammenfassung der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt« des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. http://www.zukunftsfaehiges-deutschland.de/fileadmin/zukunftsfaehigesdeutschland/PDFs/ZDII-Kurzfassung_090422.pdf (Zugriff: 29.07.2014)

CAFOD (2011): 100 Voices: Southern Perspectives on What Should Come after the MDGs. http://www.cafod.org.uk/content/download/553/5570/file/Policy_Beyond-MDGs_100-voices-report_English-full-report.pdf (Zugriff: 29.07.2014)

CIDSE (2011a): CIDSE, Wachstum und Entwicklung. Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Verantwortlichkeit zum Wohl der Menschen. Stellungnahme zum Grünbuch der Europäischen Kommission. Februar 2011. http://www.cidse.org/index.php?option=com_k2&Itemid=195&id=235_92ee43f3142cf9e6dbaf762383ed43c1&lang=en&task=download&view=item (Zugriff: 29.07.2014)

CIDSE (2011b): The Essence of Sustainability: Coherence for Our Common Good. CIDSE Submission to the UN Non-Governmental Liaison Service (UN-NGLS) Civil Society Consultation on the Global Sustainability Panel. March 2011. http://www.cidse.org/index.php?option=com_k2&Itemid=195&id=37_19476bae7294c16dcf6eb8185fbfdb34&lang=en&task=download&view=item (Zugriff: 29.07.2014)

CIDSE/ACT (2012): Space for Civil Society: How to Protect and Expand an Enabling Environment. Analysis and Recommendations. http://www.cidse.org/content/publications/rethinking-development/development-effectiveness-and-impact/how-to-protect-and-expand-an-enabling-environment.html (Zugriff: 25.07.2014)

CIDSE (2013): Ein Paradigmenwechsel für eine gerechte und nachhaltige Welt. Ein neues Verständnis menschlichen Wohlergehens, CIDSE Workshop 14–15. Mai 2013. http://www.cidse.org/index.php?option=com_k2&Itemid=195&id=413_538c5efb0b60d1e66758b107ed34dad5&lang=en&task=download&view=item (Zugriff: 29.07.2014)

CIDSE (2014): Financing Sustainable Development. Are We up to the Challenge? http://www.cidse.org/index.php?option=com_k2&Itemid=195&id=497_cc4a1fd1b91e1b0efb47995e37cf62ce&lang=en&task=download&view=item (Zugriff: 29.07.2014)

CONCORD (2014): Political Narrative Initiative – An Alternative Vision for the Development Sector. http://www.concordeurope.net/projects/politicalnarrative (Zugriff: 29.07.2014)

Deutscher Bundestag (2010): Drucksache 17/3853, Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Einsetzung einer Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«, 1.12.2010. http://dip.bundestag.de/btd/17/038/1703853.pdf (Zugriff: 01.10.2014)

Deutscher Bundestag (2013): Drucksache 17/13300, Schlussberichter Enquete-Kommission »Wachstum,Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«, 3.05.2013. http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf (Zugriff: 01.10.2014)

Europäische Kommission (2010): Grünbuch. EU-Entwicklungspolitik zur Förderung eines breitenwirksamen Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung. Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung. Brüssel 10.11.2010. http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/GREEN_PAPER_COM_2010_629_POLITIQUE_DEVELOPPEMENT_DE.pdf (Zugriff: 29.07.2014)

European Commission (2011): Increasing the Impact of EU Development Policy: An Agenda for Change. Brussels 13.10.2011. http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/documents/agenda_for_change_en.pdf (Zugriff: 29.07.2014)

International Policy Centre for Inclusive Growth. http://www.ipc-undp.org/ (Zugriff: 29.07.2014)

Janus, Heiner; Klingebiel, Stephan; Paulo, Sebastian (2013): Beyond Aid: konzeptionelle Überlegungen zum Wandel der Entwicklungszusammenarbeit. DIE Diskussionspapier 18/2013. http://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_18.2013.pdf (Zugriff: 29.07.2014)

Papst Benedikt XVI (2009): Enzyklika CARITAS IN VERITATE, Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 186. http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/veroeffentlichungen/verlautbarungen/VE_186.pdf (Zugriff: 29.07.2014)

Papst Franziskus (2013): Enzyklika Evangelii Gaudium, Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, Nr. 194. http://www.dbk-shop.de/media/files_public/wncpxobnyq/DBK_2194.pdf. (Zugriff: 29.07.2014)

Share the World's Resources. http://www.stwr.org/globalization/beyond-the-growth-paradigm.html oder http://sharing.org. (Zugriff: 29.07.2014)

The New Economics Foundation. http://www.neweconomics.org/ (Zugriff: 29.07.2014)

Trocaire (2011): Leading Edge 2020. Critical Thinking on the Future of International Development. http://www.trocaire.org/sites/trocaire/files/leadingedge2020.pdf (Zugriff: 29.07.2014)

Trócaire (2012): Democracy in Action: Protecting Civil Society Space, Trocaire Policy Report. http://www.trocaire.org/sites/trocaire/files/pdfs/policy/Democracy_in_Action.pdf (Zugriff: 25.07.2014)

UN Economic and Social Commission for Asia and the Pacific. http://www.greengrowth.org/ (Zugriff: 29.07.2014)

5 CONCORD hat beispielsweise mit der »Political Narrative Initiative« zum Thema »An Alternative Vision for the Development Sector« einen entsprechenden Dialogprozess über seine Rolle als »Change Agent« eingeleitet (CONCORD 2014).

Interviews

Interview mit Christiane Grefe (Redakteurin, DIE ZEIT)

1. Die globalen Herausforderungen, Umbrüche und Machtverschiebungen sowie das Scheitern der nachholenden Entwicklung auf nationaler Ebene bedürfen eines neuen Verständnisses von Entwicklung. Was verstehen Sie heute unter Entwicklung?

Wessen Entwicklung? Sind die armen Länder gemeint oder die reichen? Verändern müssen sich beide, und diesen Zusammenhang herzustellen, ist nicht nur mit Blick auf den Post-2015-Prozess die wichtigste Prämisse. Angesichts globaler Risiken wie dem Klimawandel, angesichts unfairer Handelsregeln und ungerechter Zugänge zu Energie, Land und Rohstoffen müssen auch Industrie- und Schwellenländer zu (Um-)Entwicklungsländern werden. Runter mit dem Konsum! Nur dann haben die ärmeren Länder eine Chance.

Bei ihnen ist eine generelle Antwort, was Entwicklung sei, kontraproduktiv. Die Unterschiede sind zu groß. Globale Entwicklungsmodelle und -theorien nach dem Prinzip »One-Size-fits-All« lagen schon immer falsch. »Nachholende Entwicklung« zum Beispiel war so eine Verallgemeinerung. Abstrakt formuliert sehe ich in der Entwicklung das dauerhafte Bemühen einer Gesellschaft, ihren kulturellen, natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen entsprechend für jeden einzelnen Bürger Nahrung, Gesundheit, Freiheit, Bildung und Wohlstand zu erreichen. Dies soll so demokratisch und so gerecht wie möglich geschehen und ohne dabei die Umwelt zu zerstören; überdies in einem Austausch mit anderen Ländern, der auch deren Entwicklungsanspruch nicht behindert, sondern fördert. Puh, was für ein Satz – trotzdem spiegelt er die Komplexität von Entwicklungsprozessen nicht ansatzweise.

Für viele Länder ist die Antwort zunächst kürzer: Frieden. Weil sonst alles nichts ist.

2. Die Arbeit entwicklungspolitischer NRO muss sich in Zukunft verändern. Wie werden ihre zukünftigen Handlungsfelder aussehen?

Muss sich die Arbeit so sehr verändern? Sie müssen sich eher rückbesinnen. Wenn man NRO, wie diese meist selbst, als Organisationen versteht, die sich für die Interessen schwacher Gruppen und übersehener Fragestellungen einsetzen, für Solidarität mit den Armen und der geschundenen Natur, dann ist ihr »Kerngeschäft« eher noch wichtiger geworden: lokale Organisationen zu unterstützen und sich für globale Regeln, die den Armen nützen, zu engagieren. Denn die weltweiten Machtverschiebungen führen kaum dazu, dass die Marginalisierten stärker in den Mittelpunkt rücken. Im Gegenteil: Schwellenländer gelten nun als starke Märkte, im Fokus der Öffentlichkeit sind vor allem ihre Mittelschichten, und dass zugleich viele Verlierer weiterhin außen vor sind, wird übersehen.

Dennoch gibt es auch neue Prioritäten. So ist eine traurige Wahrheit, dass sich Naturkatastrophen weltweit häufen. Darauf weist verdienstvollerweise das »Bündnis Entwicklung hilft« mit dem alljährlichen Weltrisikobericht hin. Strategien zur Vorbeugung, Anpassung und wirkungsvolleren Verzahnung von Nothilfe und Entwicklungsarbeit anzumahnen, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe für NRO.

In der Kürze noch ein zweites Beispiel. Stanislav Lec hat einmal geschrieben: »Wo alle einstimmig singen, ist der Text ohne Bedeutung«. So ist es auch bei den meisten Zielen der Entwicklungspolitik: Rhetorisch sind sich alle einig. Der Kampf gegen den Hunger etwa steht mittlerweile in allen Ministerien, Unternehmensetagen und gesellschaftlichen Gruppen ganz oben auf der Tagesordnung. Aber man kann die Welternährung auch so neu organisieren, dass am Ende noch mehr Menschen existenziell gefährdet sind. Nicht nur bei diesem Thema sollten Nichtregierungsorganisationen Interessen und Widersprüche in der vermeintlichen Harmonie deutlich machen und die Spreu nur scheinbar nachhaltiger Lösung vom Weizen der ernsthaften trennen.

3. Globalen Partnerschaften zwischen Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen eine zentrale Bedeutung zugeschrieben. Wie können diese angesichts unterschiedlicher Machtpotenziale zwischen den Akteuren gelingen? Was sollte die Rolle von NRO bei globalen Partnerschaften sein?

Werden diese Partnerschaften nicht eher überschätzt? Gewiss, einige All-Incluse-Initiativen haben viel erreicht bei dem Bemühen, bestimmte Krankheiten zu bekämpfen oder Standards zu erarbeiten. Aber oft waren und sind globale Partnerschaften von den Interessen der Wirtschaft oder wichtiger Geldgeber dominiert. Bei kontroversen Fragen kommen auch sie keineswegs immer voran, und auch sie scheitern am Ende oft an politischen Rahmenbedingungen wie Handelsregeln, der unveränderten Vorliebe der Konsumenten für niedrige Preise, oder der fehlenden Umsetzung freiwilliger Vereinbarungen. Sogar manche Konzernvertreter sagen manchmal nach Jahren der Kooperation hinter vorgehaltener Hand: Lieber wären uns Gesetze, an die sich alle halten müssen. Stattdessen werden die demokratisch legitimierten nationalen Parlamente häufig von einem globalen Zentralismus überfahren.

Es hängt am Ende vom Thema ab, ob solche öffentlich-privaten Partnerschaften sinnvoll sind und ob NRO darin mitwirken sollten. Sicher ist: Allzu oft haben die Organisationen der Zivilgesellschaft bei fragwürdigen Kompromissen die Augen zugedrückt; sei es, weil sie weiter dabei sein wollten, sei es, weil sie schlicht nicht genug Kapazitäten hatten, um die praktische Umsetzung hinter den schönen Worten mit langem Atem nachzuverfolgen. Also: Wenn, dann kritisch und kontinuierlich! Zudem sollten nicht nur Vertreter westlicher Groß-NROs am Tisch sitzen, sondern vor allem die lokale Zivilgesellschaft.

Noch wichtiger wäre es auch für NRO, das gute alte Spiel des Interessenausgleichs auf dem Weg parlamentarischer Entscheidungen zu rehabilitieren, globale Regeln zu erstreiten und vor allem die praktische Umsetzung der bestehenden zu erkämpfen. Die Entwicklungspolitik darf nicht ihre eigene Forderung nach Demokratisierung und good governance untergraben, indem sie die Schwächung der Parlamente betreibt.

4. In ihrer Arbeit sind NRO immer wieder mit der Frage ihrer Legitimation konfrontiert. Was sind heutzutage die Legitimationsquellen von NRO und wie könnte die Legitimation von NRO-Arbeit erweitert und vertieft werden?
Mit dieser Frage sind NRO zu Recht konfrontiert. Niemand hat sie gewählt, aber viele von ihnen leben nicht nur von Spenden, sondern auch von öffentlichen Geldern und üben einen immensen Einfluss aus.

NRO legitimieren sich selbst meist mit der These, sie wirkten im Namen des Gemeinwohls; anders als zum Beispiel als die Wirtschaft, die allein auf Gewinn aus sei. Aber auch Parlamentarier sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Und auch Gemeinwohlinteressen können in Konflikt miteinander geraten, beispielsweise der Naturschutz und die Chance auf mehr Wohlstand in einer Region. Außerdem verfolgen NRO nach meiner Beobachtung, je größer und bedeutsamer sie werden, desto mehr auch eigene institutionelle Interessen, seien es finanzielle oder solche der Reputation.

Entscheidend für ihre Legitimation ist daher in meinen Augen noch mehr Transparenz – nicht nur, wie bislang bei den Geldflüssen, sondern auch bei Motiven, Strategien, der Relativität ihrer Arbeit. NRO sollten häufiger öffentlich übereinander und ihre Rollen streiten. Dann könnten sich die Bürger auch jenseits widerspruchsfreier Plakate für die Spendenwerbung eine Meinung bilden und via Social Media Einfluss nehmen.

Als positives Beispiel habe ich den Kongress von Medico International in Frankfurt erlebt: »Beyond Aid – von der Wohltätigkeit zur Solidarität«. Kritik und Selbstkritik aus vielen Perspektiven: Das ist für NRO die überzeugendste Legitimation.

5. Welche strategischen Neuausrichtungen und konkreten Schritte müssten entwicklungspolitische NRO schon jetzt unternehmen, um zur Bewältigung der globalen Herausforderungen beizutragen?
»Schon jetzt«? Sie müssen vor allem eines: politisch aufs Tempo drücken. Die globale Herausforderung, dem alles überwölbenden Risiko Klimawandel zu begegnen, duldet keine Aufschübe mehr. Weil demokratische Entscheidungen dauern, ist es aus meiner Sicht wichtig, zugleich noch stärker Kommunikation und direktes globales Lernen zu fördern. Ein Beispiel sind Süd-Süd-Kooperationen zwischen Slum-Organisationen aus Bombay, Lagos oder Dhaka. Sie bringen allen neue praktische Anstöße und stärken zugleich Rückgrat und Einfluss der Aktivisten. Mehr Begegnungen zwischen Süd und Nord könnten Ideen für eine klimafreundliche Gesellschaft hervorbringen.

Wo politische Hindernisse diesen Wandel behindern – Finanzmarktregeln, Agrarpolitik, Rohstoffstrategien – sollten NRO zudem öfter mal wieder provokativer auftreten. Sonst verlieren sie alle Aufmerksamkeit an Netzwerk-Aktivisten, die oft kurzatmig allein auf moralische Empörung setzen, sich aber vor den Widersprüchen der praktischen Umsetzung und politischen Prozesse herumdrücken.

Interview mit Jürgen Maier (Geschäftsführer, Forum Umwelt und Entwicklung)

1. Die globalen Herausforderungen, Umbrüche und Machtverschiebungen sowie das Scheitern der nachholenden Entwicklung auf nationaler Ebene bedürfen eines neuen Verständnisses von Entwicklung. Was verstehen Sie heute unter Entwicklung?

Unser heutiges Entwicklungsmodell, das vornehmlich an Wirtschaftswachstum und an der Aufrecherhaltung des Konsums orientiert ist, zerstört unsere Umwelt und untergräbt seine eigenen Grundlagen. Das zeigt sich sehr anschaulich an den Diskrepanzen, die zwischen Entwicklungsberichten und Umweltberichten klaffen: Während in den vergangenen zwanzig Jahren in der Armutsbekämpfung immer wieder ein paar vermeintliche Erfolge verkündet wurden (zum Beispiel das Erreichen von MDG 1, das heißt die Halbierung des Anteils der extrem Armen), vermelden die jährlichen Umweltberichte vornehmlich Katastrophen (zum Beispiel Klimawandel, Degradation der Umwelt). Es sieht fast so aus, als hätte die Entwicklungspolitik auch 20 Jahre nach Rio den Unterschied zwischen »nachhaltiger« Entwicklung und traditioneller Entwicklung nicht wirklich verstanden!

Ein neues Entwicklungsverständnis muss geprägt sein von einer »Ökonomie des Maßhaltens«. Natürlich brauchen wir Armutsbekämpfung, aber auch eine Änderung des Lebensstils der »globalen Mittelklasse«. Die findet sich nicht mehr nur in den westlichen Ländern; auch in den sogenannten Entwicklungsländern ist eine breite, relativ wohlhabende Klasse entstanden, die sich einem im Westen kultivierten und nunmehr globalisierten Konsumstil hingibt. Aber so können nicht alle Menschen leben, dafür bräuchten wir die Ressourcen von vier Planeten. Wie kann das Konsumverhalten aber geändert werden? Natürlich durch gezielte politische Steuerung und durch die Erhöhung der kulturellen Attraktivität eines alternativen Konsummodells. Guter Konsum muss einfach »sexy« gemacht werden!

2. Die Arbeit entwicklungspolitischer NRO muss sich in Zukunft verändern. Wie werden ihre zukünftigen Handlungsfelder aussehen?

Ich glaube, sie werden sich inhaltlich neu aufstellen müssen und sehr viel mehr die Gedanken der Nachhaltigkeit und auch der Verteilungsgerechtigkeit aufnehmen müssen. Genau das kommt nämlich bei den eindrucksvollen Entwicklungserfolgen vieler Länder zu kurz. Mit dem alten Wirtschaftswachstumsparadigma ist Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit kaum zu erzielen. Zweitens haben viele durch einen »Kuschelkurs« der Kooperation und Partnerschaft mit Staat und Wirtschaft an realem Einfluss verloren. Nötig ist mehr Konfliktbereitschaft, eine stärkere Politisierung. Die aggressive Freihandelsideologie der EU untergräbt Armutsbekämpfung in vielen Ländern des Südens, wird aber von entwicklungspolitischen NRO kaum thematisiert.

Entwicklungspolitische NRO sollten deshalb in der Praxis viel intensiver ihre Klientel und ihre Projektpartner dafür sensibilisieren, dass die vielbeschworene »Große Transformation« auch tiefgreifende Veränderung im Norden bei der globalen Konsumentenklasse bedeutet. Sie müssen auch daran arbeiten, ihre Konfliktfähigkeit zu stärken und ihre Konfrontationsbereitschaft gegenüber Politik und Wirtschaft erhöhen. Sie müssen sich »re-politisieren«, das heißt weg von oft ziemlich abgehobenen philosophischen (Begriffs-)Debatten hin zum aktiveren Eingreifen in die Tagespolitik. Das bedeutet auch, sich einzelne Politikfelder vorzunehmen und in diesen Veränderungen zu bewirken. Der holistische Ansatz der nachhaltigen Entwicklung muss für konkrete Forderungen in spezifischen Politikbereichen wie der Handelspolitik oder der Landwirtschaftspolitik stärker als bisher heruntergebrochen werden.

3. Globalen Partnerschaften zwischen Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen eine zentrale Bedeutung zugeschrieben. Wie können diese angesichts unterschiedlicher Machtpotenziale zwischen den Akteuren gelingen? Was sollte die Rolle von NRO bei globalen Partnerschaften sein?

Globale Partnerschaften können nur gelingen, wenn mit ihnen gleiche Interessen verfolgt werden. Sobald – wie dies

Straßenszene in Daressalam, Tansania.

bei großen Bündnissen meistens der Fall ist – eine zu große Interessenvielfalt aufeinander trifft, sind Partnerschaften zum Scheitern verurteilt. Partnerschaften mit der Wirtschaft stehen vor einem zusätzlichen Problem, nämlich, dass in ihnen Akteure kooperieren, die Teil des Problems sind. Für einige Wirtschaftsunternehmen sind globale Partnerschaften lediglich Instrumente des »Greenwashing« und eine Legitimation für das »Weiter so«.

4**. In ihrer Arbeit sind NRO immer wieder mit der Frage ihrer Legitimation konfrontiert. Was sind heutzutage die Legitimationsquellen von NRO und wie könnte die Legitimation von NRO-Arbeit erweitert und vertieft werden?**
Entwicklungspolitische NRO erfahren ihre Legitimation aus ihrem Einsatz für das Gemeinwohl. Sie handeln aus einem idealistischen Interesse an einer besseren, auch für zukünftige Generationen noch lebenswerten Zukunft. Allerdings müssen auch entwicklungspolitische NRO sich klar darüber sein, dass sie zurzeit an der globalen Misere mitwirken. Denn sie dienen vielen Menschen als eine Art von Ablass-Dienststelle. Der spendenkräftigen und konsumorientierten Mittelklasse ist irgendwie schon bewusst, dass sie durch ihr Konsumverhalten zu Umweltverschmutzung und Klimawandel sowie ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und Armut im globalen Süden beiträgt. Weil bislang die Anreize falsch gesetzt werden und weil es eben die Möglichkeit der Spenden gibt, kaufen sie sich jährlich von ihren »Sünden« frei, indem sie Teile ihres Einkommens wohltätigen Zwecken spenden. Das ist per se wohl unvermeidlich, dennoch sollten entwicklungspolitische NRO stärker auf ihre Spender und Spenderinnen einwirken, mehr zu tun, ihr Konsumverhalten zu ändern und sich politisch zu engagieren, denn wir brauchen Politikveränderungen *bei uns!*

5. Welche strategischen Neuausrichtungen und konkreten Schritte müssten entwicklungspolitische NRO schon jetzt unternehmen, um zur Bewältigung der globalen Herausforderungen beizutragen?
Die Debatte um Entwicklungspolitik ist viel zu sehr auf die Höhe des Entwicklungsetats fixiert. Dabei sind weite Teile dessen, was damit gemacht wird, alles andere als nachhaltig. Das gebetsmühlenartig wiederholte 0,7-Prozent-Ziel blockiert die Auseinandersetzung darüber, was mit der Entwicklungspolitik eigentlich bezweckt und erreicht wird. Diese Forderung wird nicht glaubhafter und erreichbarer, je öfter sie wiederholt wird. Letztlich geht es ja nicht darum, wie viel Geld in Entwicklung gesteckt wird, sondern darum, ob die ergriffenen Maßnahmen Erfolg haben und nachhaltig sind. Es ist also nicht eine Frage der Quantität, sondern der Qualität! Damit einher geht die Entscheidung, mit welchen Ländern überhaupt noch Entwicklungszusammenarbeit betrieben werden sollte. Bedürfen China, Indien und Brasilien noch unserer »Hilfe« in Form von Transferleistungen und Projekten oder könnten diese die in ihnen herrschende Armut auch schon aus eigenen Mitteln überwinden? Und schließlich ist da das ausgesprochen ungerechte Welthandelssystem. Unsere Handelsabkommen sind für viele Entwicklungsländer einfach entwicklungschädlich. Entwicklungspolitische NRO sollten sich viel stärker für faire Handelsabkommen einsetzen. Zum Beispiel: Wo bleibt der Aufschrei gegen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), wenn es um die Länder des globalen Südens geht? Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA würde nicht nur dazu beitragen, dass bei uns plötzlich Gen-Food oder Hormon-Fleisch auf dem Tisch landen. Es würde auch massiv Handel aus den Entwicklungsländern abziehen und diesen enorme Einkommensverluste bescheren. Das ist nicht nachhaltig und auch nicht entwicklungsfördernd!

Interview mit Dr. Marianne Beisheim (Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stiftung Wissenschaft und Politik)

1. Die globalen Herausforderungen, Umbrüche und Machtverschiebungen sowie das Scheitern der nachholenden Entwicklung auf nationaler Ebene bedürfen eines neuen Verständnisses von Entwicklung. Was verstehen Sie heute unter Entwicklung?

Das sich wandelnde Verständnis von Entwicklung zeigt sich in den derzeit laufenden Verhandlungen zur Post-2015-Agenda und den Zielen für nachhaltige Entwicklung, die ab September 2015 die Millenniums-Entwicklungsziele ablösen sollen. Kernaspekte sind: 1. Universalität: Die neuen Ziele sollen universell gelten, das heißt für alle Staaten – Entwicklungsländer und Industrieländer. 2.Fairness: Mit Blick auf den Schutz globaler Güter, aber auch bei der Transformation in Richtung nachhaltiger Entwicklung steht die Frage nach einer gerechten globalen Lastenteilung im Zentrum. Mit dem Prinzip der »gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung« aus dem Rio-Prozess existiert zwar ein Mechanismus, wie globale Gerechtigkeit beim Schutz globaler Güter erzielt werden kann. Die konkrete Ausgestaltung, das heißt der Schlüssel für die Differenzierung der Verantwortlichkeiten, ist und bleibt heftig umstritten. Während die Gruppe der 77 das Prinzip in der neuen Agenda umfassend verwirklicht sehen will, argumentieren die USA, die EU und Japan, dass dieses nicht grundsätzlich gelten könne. 3. Verteilungsgerechtigkeit: Zur Bewältigung der ökologischen Herausforderungen und der Überwindung der Armut wird noch stärker die Frage der (Um-)Verteilung von Ressourcen – sowohl innerstaatlich als auch zwischenstaatlich – kontrovers diskutiert. Gleichzeitig sieht ein Großteil der Staaten, auch der Entwicklungs- und Schwellenländer, wirtschaftliches Wachstum über Industrialisierung und Infrastrukturentwicklung als effektivste Strategie zur Überwindung der weltweiten Armut. Hier besteht die Gefahr, dass weiterhin auf ökologisch und sozial nicht nachhaltige Maßnahmen gesetzt wird, die charakteristisch für die Episode der nachholenden Entwicklung waren.

2. Die Arbeit entwicklungspolitischer NRO muss sich in Zukunft verändern. Wie werden ihre zukünftigen Handlungsfelder aussehen?

Das Leitprinzip nachhaltiger Entwicklung ist nicht neu, aber die Umsetzung, vor allem in Form von ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Produktions- und Konsummustern, die weltweit Vorbild sein könnten, steht aus. Die Aufgabe entwicklungspolitischer NRO muss es deshalb auch in Zukunft sein, Politik und Wirtschaft sowie Konsumentinnen und Konsumenten zu dieser Umsetzung zu drängen. Sollten freiwillige Selbstverpflichtungen seitens der Wirtschaft nachhaltige Produktionsbedingungen nicht gewährleisten, sollten entwicklungspolitische NRO auf die Politik Druck ausüben, um entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Gleichzeitig müssen die Konsumentinnen und Konsumenten weiterhin über die Folgen ihres Konsumverhaltens aufgeklärt werden. Entwicklungspolitische NRO können hier Vorbildfunktion übernehmen, indem sie über Kosten und Verteilungseffekte aufklären. Ein weiteres Handlungsfeld ist die zunehmende Verstädterung: 2050 werden rund 70 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben. Deshalb sollten entwicklungspolitische NRO mit neuen Konzepten aufwarten, wie beispielsweise die Versorgung mit Nahrung, Wasser und Energie sowie wie Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten in diesen Megastädten gesichert werden kann – und das alles unter der Maßgabe nachhaltigen Wirtschaftens!

3. Globalen Partnerschaften zwischen Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen eine zentrale Bedeutung zugeschrieben. Wie können diese angesichts unterschiedlicher Machtpotenziale zwischen den Akteuren gelingen? Was sollte die Rolle von NRO bei globalen Partnerschaften sein?

Die Partizipation in den von den UN initiierten Prozessen und Partnerschaften wird auch in Zukunft eine sehr gute Möglichkeit bieten, entwicklungspolitische Anliegen zu

vertreten. Globale Partnerschaften werden weiterhin eine wichtige Rolle in der Arbeit entwicklungspolitischer NRO spielen. Allerdings ist ihre Qualität sehr unterschiedlich. Entwicklungspolitische NRO sollten deshalb sehr darauf achten, in welchen Partnerschaften sie kooperieren und welche sie eher kritisch begleiten sollten. In den gut funktionierenden Partnerschaften können sie ihre Anliegen gegebenenfalls mit fähigen Partnern besser als allein verwirklichen. Die nicht gut funktionierenden Partnerschaften sollten sie als »Watchdog« kritisch kommentieren und gegebenenfalls alternative Maßnahmen fordern. Eine weitere Aufgabe ist es, die Arbeit globaler Partnerschaften an den tatsächlichen Bedürfnissen der Entwicklungsländer – und hier vor allem der lokalen Bevölkerung – auszurichten. Hier können entwicklungspolitische NRO und Partner lokaler NRO vermitteln.

4. In ihrer Arbeit sind NRO immer wieder mit der Frage ihrer Legitimation konfrontiert. Was sind heutzutage die Legitimationsquellen von NRO und wie könnte die Legitimation von NRO-Arbeit erweitert und vertieft werden?
Die zentrale normative Legitimationsquelle entwicklungspolitischer NRO sind die Menschenrechte und das Prinzip nachhaltiger Entwicklung. Darüber hinaus sind ihre intensiven Kontakte zu den Menschen im globalen Süden und die Vertretung von deren Interessen wichtige Elemente der Legitimation. – Bei der Begründung von Forderungen könnte dieser Bezug auf die »Sicht des Südens« noch stärker gemacht werden. Schließlich ist auch die Expertise entwicklungspolitischer NRO ein weiterer Faktor, aus dem sie ihre Legitimation ziehen können.

5. Welche strategischen Neuausrichtungen und konkreten Schritte müssten entwicklungspolitische NRO schon jetzt unternehmen, um zur Bewältigung der globalen Herausforderungen beizutragen?
Entwicklungspolitische NRO haben in den Bereichen Kampagnen und Kooperation auf globaler und lokaler Ebene in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet. In Zukunft könnte man beides noch besser aufeinander abstimmen: die einen kooperieren drinnen, während die anderen draußen Druck machen – dies jedoch nicht gegeneinander, sondern strategisch abgestimmt miteinander. Bei der Lobbyarbeit gegenüber Bundesregierung und Bundestag könnten die Gremien zur Querschnittskoordination noch besser genutzt werden, konkret der Staatssekretärsausschuss und der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung. Diese beiden in der Öffentlichkeit bislang wenig sichtbaren Gremien sollten insbesondere hinsichtlich der Positionierung und Umsetzung der Post-2015-Agenda gezielter angesprochen werden und zugleich gedrängt werden, ihre Aufgaben effektiv wahrzunehmen.

Interview mit Michael Windfuhr (stellv. Geschäftsführer, Deutsches Institut für Menschenrechte)

1. Die globalen Herausforderungen, Umbrüche und Machtverschiebungen sowie das Scheitern der nachholenden Entwicklung auf nationaler Ebene bedürfen eines neuen Verständnisses von Entwicklung. Was verstehen Sie heute unter Entwicklung?

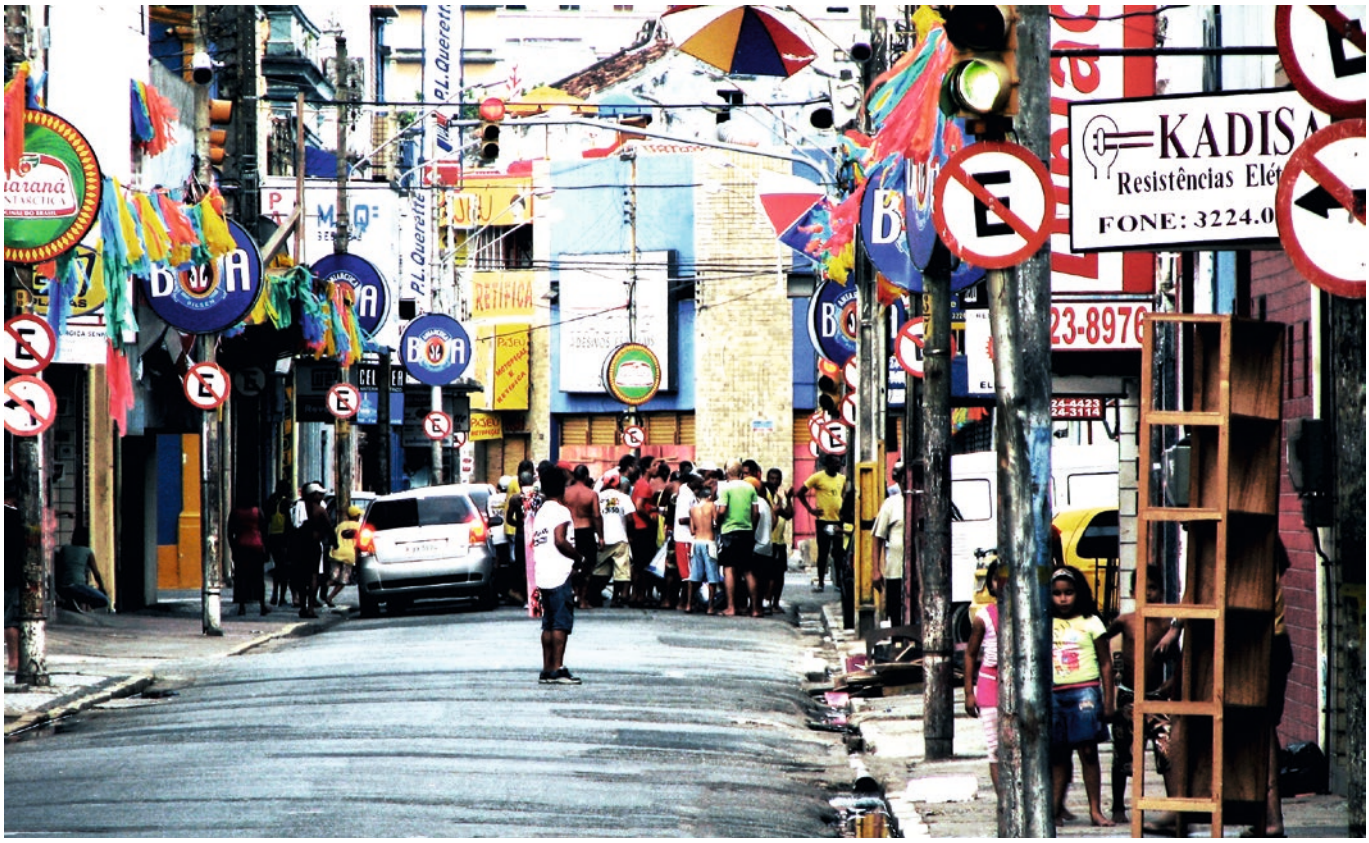
Angesichts der großen ökologischen Herausforderungen wird es mittelfristig notwendig werden, weniger ressourcenintensiv zu wirtschaften. Dies betrifft sowohl die Inanspruchnahme von mineralischen Rohstoffen und Energie, von landwirtschaftlichen Ressourcen, wie Bodenfruchtbarkeit, Artenvielfalt, Wasser, als auch von Senken, wie beispielsweise der Kapazität der Erde, Emissionen, Müll und Abwässer aufzunehmen. Die Zahl der Menschen wird bis 2050 weltweit auf ca. 9,5 bis 9,6 Milliarden steigen. Mit wachsendem Wohlstand von mehr und mehr Menschen wachsen auch deren Konsumbedürfnisse und Mobilitätswünsche. Die Material-, Energie- und Mobilitätsmuster der Menschen in Industrieländern sind angesichts der genannten Herausforderungen nicht globalisierbar. Beispielsweise sinkt zwar in Deutschland der Fleischkonsum derzeit leicht, liegt aber immerhin bei über 60 kg pro Kopf pro Jahr. In China und Indien dagegen wächst er, liegt aber noch bei unter 20 kg beziehungsweise bei unter 5 kg pro Kopf pro Jahr. Sollten alle Menschen im deutschen Maße Fleisch konsumieren, könnte die Erde kaum ausreichend Futtermittel zur Verfügung stellen.

Dennoch gilt gleichzeitig: Bei allem Nachdenken über die globale Transformation, ist nach wie vor ein gewaltiger Teil der Menschheit so arm und chancenarm in der Gestaltung ihrer Lebensperspektiven, dass es eine der ganz großen entwicklungspolitischen Herausforderungen bleibt, an der Überwindung dieses Zustands zu arbeiten. Alle Sorge um die planetarischen Grenzen und die Lebenschancen zukünftiger Generationen dürfen nicht die essenziellen Notlagen so vieler Menschen heute verdrängen. Die Realisierung des Rechts auf Nahrung, des Rechts auf Wasser, auf Bildung und Gesundheit dürfen nicht zweitrangig werden, sie sind und bleiben entwicklungspolitisch vorrangig. Deshalb darf auch nicht die ökologische Transformation vorrangig im Süden eingefordert werden. Die Kraftwerkskapazität von Afrika südlich der Sahara entspricht der Leistung der Kraftwerke in Belgien. Dieses Beispiel macht deutlich, dass in vielen Bereichen im Süden echtes Wachstum an Energieverbrauch, Materialströmen und Agrarressourcen nötig ist. Das kann nur aufgefangen werden durch die Reduktion von Verbräuchen in Ländern des Nordens. Entwicklungspolitische NRO dürfen sich deshalb nicht zu leichtfertig aus dem alten »Kerngeschäft« verabschieden, sondern sind hier nach wie vor unmittelbar gefragt.

Entwicklung ist und bleibt ein Freiheitsgewinn, insbesondere für arme Menschen, der es ihnen ermöglicht, sich Lebensplanungsperspektive zu erschließen, die über die Sicherung der nächsten Mahlzeiten und der Bewältigung unmittelbarer Herausforderungen (der nächste Arztbesuch, ein krankes Kind, eine Wetterkatastrophe) hinausgehen. Entwicklung im Zeitalter der Transformation heißt aber auch, über die Beschränkung der problematisch werdenden Übernutzung von Freiheiten beispielsweise im Materialverbrauch und in der Mobilität nachzudenken. Uns fehlen allerdings bislang Kriterien, wie eine solche Begrenzung von Freiheit aussehen und wie dafür gesellschaftliche Unterstützung gefunden werden kann. Gleichzeitig kann der Diskurs über die Grenzen nicht zu schnell globalisiert werden, da viele Menschen auf den Zugewinn an Freiheiten dringend angewiesen sind, die das Führen eines selbstbestimmten Lebens überhaupt erst ermöglichen.

2. Die Arbeit entwicklungspolitischer NRO muss sich in Zukunft verändern. Wie werden ihre zukünftigen Handlungsfelder aussehen?

Die alten Themen der Entwicklungspolitik sind noch keineswegs alle alt. Was sich allerdings verändern muss, ist der dahinterliegende Ansatz. Ein konsequenter menschenrechtsbasierter Ansatz, durch den die Rechenschaftspflicht der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Akteure gegenüber besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen



Menschenmenge während des Karnevals in Recife, Brasilien.

gestärkt wird, ist notwendig, um die Probleme von Hunger und Armut besser anzugehen als bisher. Dies betrifft in erster Linie viele Länder des Südens, in denen eine substanzielle Governance-Krise herrscht und in denen die Regierungen schwach, defekt oder instabil sind. Ein Stärkung von Governance-Strukturen und Rechtstaatlichkeit sowie von friedlichem innergesellschaftlichen Konfliktaustrag, wie beispielsweise über die Entscheidungen über die Nutzung begrenzter wirtschaftlicher und ökologischer Ressourcen, sind entscheidende Rahmenbedingung für gelingende Entwicklung. Notwendig ist dabei auch die Absicherung von gesellschaftlichen Spielräumen für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure, vor allem dann, wenn diese Demokratie, Rechenschaft und die Kontrolle von Macht einfordern. Gute Regierungsführung, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte müssen zunächst national durchgesetzt werden, auch wenn die Notwendigkeit steigt, ergänzende Regeln für die extraterritoriale Geltung und Durchsetzung von Menschenrechten zu schaffen. Alle Überlegungen zur Stärkung von Global Governance sind Makulatur, wenn der Staat und mit ihm gute Regierungsführung national erodieren. Global Governance ist nicht überflüssig, ist aber nur ergänzend zu sehen zur Förderung von Rechtstaatlichkeit auf Ebene der Länder und Kommunen. Eine auf den Menschenrechten basierende entwicklungspolitische Unterstützung bei der Durchsetzung funktionierender Staatlichkeit und von Rechenschaftspflicht ist zukünftig unerlässlich.

3. Globalen Partnerschaften zwischen Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen eine zentrale Bedeutung zugeschrieben. Wie können diese angesichts unterschiedlicher Machtpotenziale zwischen den Akteuren gelingen? Was sollte die Rolle von NRO bei globalen Partnerschaften sein?

Bevor die Ausgestaltung globaler Partnerschaften angegangen wird, ist es lohnenswert zunächst einmal über die Gestaltung gelingender nationaler oder lokaler Partnerschaften nachzudenken. Das schließt auch ein, zu eruieren, wie die dafür nötigen Politikspielräume erhalten und wie Machtungleichgewichte ausgeglichen werden können. Globale Partnerschaften sind als Teil von Global Governance vor allem ergänzend zu sehen sind. Machtungleichgewichte müssen zuerst national bearbeitet und überwunden werden. Zu

glauben, dass sie international leichter zu lösen sind, nährt eine falsche Hoffnung. Die Auseinandersetzung mit den globalen Herausforderungen kann nur gelingen, wenn gute Regierungsführung, nationale Gewaltenteilung, der Erhalt von Spielräumen für politische Debatten und politische Prioritätensetzungen sowie die Durchsetzung von Menschenrechten auf nationaler und lokaler Ebene gesichert sind. Gelingt dies nicht, werden wir auch zukünftige über die defizitäre Umsetzung globaler Aktionspläne lamentieren. In der Essenz kann also die Umsetzung globaler Ziele und Aktionspläne nur gelingen, wenn es politisch funktionierende Gemeinwesen auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene gibt.

4. In ihrer Arbeit sind NRO immer wieder mit der Frage ihrer Legitimation konfrontiert. Was sind heutzutage die Legitimationsquellen von NRO und wie könnte die Legitimation von NRO-Arbeit erweitert und vertieft werden?
NRO sind zivilgesellschaftliche Akteure die ihre Legitimität als Teile einer pluralen Gesellschaft erhalten. In den Auseinandersetzungen um Lösungswege, um politische Alternativen und gesellschaftliche Prioritätensetzungen werden viele zivilgesellschaftliche, aber auch staatliche, parlamentarische und privatwirtschaftliche Akteure benötigt. In diesem Sinne haben entwicklungspolitische NRO weder einen Legitimationsbonus noch einen Malus, das heißt, sie müssen auch nicht besonders nachweisen, dass sie legitime Akteure sind. Sie sollten sich bewusst sein, dass sie in der Regel »single issue«-Akteure sind, das heißt, dass sie sich für ein Ziel entsetzen. Andere Akteure, wie politische Parteien, müssen aus vielen »issues« ein konsistentes Programm erarbeiten, wieder andere Akteure, wie die Medien, deren Konsistenz und Glaubwürdigkeit abklopfen. In diesem Sinne unterliegen auch zivilgesellschaftliche Akteure einer gesellschaftlichen Debatte, in deren Kontext sie unterliegen können und es nicht schaffen, ihre Themen und Anliegen auf die gesellschaftliche Agenda zu bringen.

Die Situation verändert sich, wenn – wie in vielen Ländern des Südens – Rahmenbedingungen für solche Auseinandersetzungen nicht existieren und die Freiräume zivilgesellschaftlicher Akteure eingeschränkt werden, ihre Anliegen vorzutragen. Dann ist es eine wichtige Aufgabe von entwicklungspolitischen Akteuren, ihre Partner entsprechend politisch zu unterstützen und zu stärken. Ein zentrales entwicklungspolitisches Anliegen muss es sein, solche innergesellschaftlichen Reformdebatten möglich zu machen.

5. Welche strategischen Neuausrichtungen und konkreten Schritte müssten entwicklungspolitische NRO schon jetzt unternehmen, um zur Bewältigung der globalen Herausforderungen beizutragen?
Die strategische Ausrichtung entwicklungspolitischer Akteure muss vor allem auf die Veränderungsprozesse auf nationaler politischer Ebene zielen, insbesondere das Schaffen von Freiräumen für eine politische Debattenkultur und die Durchsetzung von Rechenschaftspflicht für alle relevanten gesellschaftlichen Akteure, um die Bedingungen zur Bewältigung der globalen Herausforderungen zu schaffen. Gesellschaften müssen letztlich selbst entscheiden, wie sie ihre Ressourcen nutzen, welche Entwicklungsprioritäten sie setzen und wie sie globale Zielsetzungen national verfolgen.

Interview mit Monika Dülge (Eine Welt Netz NRW)

1. Die globalen Herausforderungen, Umbrüche und Machtverschiebungen sowie das Scheitern der nachholenden Entwicklung auf nationaler Ebene bedürfen eines neuen Verständnisses von Entwicklung. Was verstehen Sie heute unter Entwicklung?
Das Eine Welt Netz NRW versteht seit seinem Bestehen (Gründung 1991) unter Entwicklung globale soziale Gerechtigkeit und setzt sich in diesem Zusammenhang für notwendige Veränderungen vor allem im globalen Norden ein. Ende der 1990er Jahre haben wir deshalb auch das Motto vom »Entwicklungsland D« ausgerufen. Klimawandel, Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit haben uns veranlasst, unser Verständnis von Entwicklung um die ökologische Dimension zu erweitern. Heute verstehen wir unter Entwicklung den weltweit gemeinsamen Einsatz für soziale und ökologische Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, wobei die Einhaltung der planetarischen Grenzen eine übergeordnete Bedeutung hat.

2. Die Arbeit entwicklungspolitischer NRO muss sich in Zukunft verändern. Wie werden ihre zukünftigen Handlungsfelder aussehen?
Unserer Auffassung nach wird die entwicklungspolitische Inlandsarbeit zukünftig an Bedeutung gewinnen (müssen). Wir gehen davon aus, dass die Post-2015-Agenda und die daraus resultierenden globalen Entwicklungsziele dies verstärken werden. Wichtig ist dabei in unseren Augen, dass ungleiche Machtverhältnisse klar benannt werden und nicht unter dem Oberbegriff »globale Entwicklungspartnerschaften« verschleiert werden. Dafür werden wir uns besonders einsetzen. Globale Gerechtigkeit, der menschenrechtsbasierte Entwicklungsansatz und die Global Citizenship Education sind für uns die Grundlage unserer zukünftigen Bildungsarbeit sowie für konkrete politische Kampagnenarbeit. Dabei muss unserer Ansicht nach die Bildungsarbeit hierzulande wieder stärker politisiert werden. Um breitere Bevölkerungsschichten zu erreichen, haben wir in den letzten Jahren stark auf niedrigschwellige Handlungsoptionen und den Spaßfaktor gesetzt. Das ist auch nicht verkehrt, aber der Kampf für gerechtere politische Rahmenbedingungen und verbindliche gesetzliche Regelungen sollte aus unserer Sicht wieder stärker in den Vordergrund rücken.

3. Globalen Partnerschaften zwischen Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen eine zentrale Bedeutung zugeschrieben. Wie können diese angesichts unterschiedlicher Machtpotenziale zwischen den Akteuren gelingen? Was sollte die Rolle von NRO bei globalen Partnerschaften sein?
NRO können eine zentrale Rolle dabei spielen, zivilgesellschaftliche Akteure rund um den Globus zusammenzubringen, also sowohl soziale Bewegungen als auch das breite Spektrum an Organisationen, die sich für globale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit einsetzen. Hier ist zunächst einmal Vernetzung nötig und möglich, aber auch zielgerichtete Partnerschaften und Bündnisse, die sich auf gemeinsame politische Ziele verständigen. Mit wissenschaftlichen Einrichtungen sind sicherlich Bündnisse sinnvoll. Bei einer Zusammenarbeit mit Regierungen und Wirtschaftsakteuren müssen insbesondere die unterschiedlichen Interessen und Machtpotenziale genau in den Blick genommen werden. Sie können sich nämlich als ausgesprochen hinderlich bei der Zusammenarbeit erweisen können.

4. In ihrer Arbeit sind NRO immer wieder mit der Frage ihrer Legitimation konfrontiert. Was sind heutzutage die Legitimationsquellen von NRO und wie könnte die Legitimation von NRO-Arbeit erweitert und vertieft werden?
Eine zentrale Aufgabe von NRO ist die eines »Watchdog«, der Regierungen und Wirtschaftsakteure bei der Umsetzung der Entwicklungsziele kritisch überwacht und an die Einhaltung insbesondere ihrer finanziellen Zusagen ermahnt. Dieser Aufgabe werden NRO auch zukünftig erfüllen. Auch, wenn die Mobilisierungsfähigkeit entwicklungspolitischer NRO zurzeit etwas schwach erscheint, sind sie es doch vor allem, die Menschen im globalen Norden dazu anregen, sich für die Überwindung ungerechter Wirtschaftsstrukturen

Hindus feiern das Frühlingsfest Holi in Singapur.

einzusetzen. Aufgrund ihrer Erfahrung in der Zusammenarbeit mit ihren Partnern aus dem globalen Süden können sie kreative Lösungen für die komplexen globalen Herausforderungen anbieten.

5. Welche strategischen Neuausrichtungen und konkreten Schritte müssten entwicklungspolitische NRO schon jetzt unternehmen, um zur Bewältigung der globalen Herausforderungen beizutragen?
Letztlich ist das »neue« Entwicklungsparadigma der nachhaltigen Entwicklung ja gar nicht so neu. Spätestens seit dem Weltgipfel im Jahr 1992 geht es darum, die weltweite Entwicklung entlang der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit gerecht zu gestalten. Entwicklungspolitische NRO haben vor allem dazu beigetragen, die Menschenrechte und das Prinzip der globalen Gerechtigkeit in diesem Entwicklungsverständnis zu stärken. Zukünftig, genauso wie in den vergangenen zwanzig Jahren, müssen entwicklungspolitische NRO den Diskurs über die Bewältigung der globalen Krisen auf dieser Basis vorantreiben. Sie müssen die Probleme identifizieren, die von staatlicher und privatwirtschaftlicher Seite nicht wahrgenommen werden, und Lösungen dafür einfordern.

VENRO-Mitglieder

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Aktion Canchanabury
- AMICA e. V.
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- arche noVa
- Ärzte der Welt
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband
- AWO International

- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
- BONO-Direkthilfe
- Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe

- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza – Kinderhilfe Guatemala
- Change e. V.*
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland

- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Das Hunger Projekt
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge
- DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz
- Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission
- Don Bosco Mondo
- DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des deutschen Volkshochschul-Verbandes

- Eine Welt Netz NRW
- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- EMA – Euro-Mediterranean Association for Cooperation and Development
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)

- Fairventures Worldwide
- FIAN Deutschland
- FUTURO SÍ

- Gemeinschaft Sant´Egidio
- German Doctors
- German Toilet Organisation
- Germanwatch

- Habitat for Humanity Deutschland
- Handicap International
- Help – Hilfe zur Selbsthilfe*
- HelpAge Deutschland
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- Hoffnungszeichen/Sign of Hope
- humedica

- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- Internationaler Bund (IB)
- Internationaler Hilfsfonds
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland

- Jambo Bukoba*
- Johanniter-Auslandshilfe

- KAIROS Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe
- Kinderrechte Afrika

- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke

- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- materra – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Missionsärztliches Institut Würzburg*

- NETZ Bangladesch

- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland
- Ora International Deutschland
- OroVerde – Die Tropenwaldstiftung
- Oxfam Deutschland

- Plan International Deutschland

- Rhein-Donau-Stiftung

- SALEM International
- Samhathi – Hilfe für Indien
- Save the Children Deutschland
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development Chapter Bonn (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst-international
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste

- Terra Tech Förderprojekte
- TERRE DES FEMMES
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen
- TransFair

- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)

- W. P. Schmitz-Stiftung
- WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
- Weltfriedensdienst
- Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof Darmstadt
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service
- World Vision Deutschland

- Zukunftsstiftung Entwicklung bei der GLS Treuhand

VENRO hat aktuell 122 Mitglieder.

* Gastmitglied

(Stand: Januar 2015)

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)
Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Telefon: 030/263 92 99-10
Fax: 030/263 92 99-99

E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung
c/o VENRO Büro Berlin
Chausseestr. 128/129
10115 Berlin

Telefon: 030 / 24 78 15 73
Fax: 030 / 28 04 66 72

E-Mail: deinestimmegegenarmut@venro.org
Internet: www.deine-stimme-gegen-armut.de

Autorinnen und Autoren: Dr. Bernd Bornhorst, Barbara Unmüßig, Dr. Henning Melber, Bernd Nilles
Endredaktion: Dr. Sonja Grigat, Michael Katèrla

Fotonachweis: UN Photo/Kibae Park (Titelblatt, S. 3), Wikimedia/Paul Keller (S. 7), Flickr/Joselyn Anfossi Mardones (S. 13, S. 28), Flickr/Matt Lemmon (S. 17), Flickr/Howard Cambridge (S. 24), Flickr/Mira (on the wall) (S. 31)

Layout: just in print
Druck: www.hinkelstein-druck.de
Auflage: 1000 Exemplare

Diese Broschüre wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Berlin, Januar 2015

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.
Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell mehr als 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen
www.venro.org

»Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung«

Das VENRO-Projekt »Deine Stimme gegen Armut« möchte die Debatte über Fragen zukunftsfähiger Entwicklung vorantreiben. Ziel ist es, in der Diskussion mit anderen gesellschaftlichen Akteuren ein zukunftsfähiges Verständnis von Entwicklung zu erarbeiten und politisch und gesellschaftlich zu verankern. Bundesweite Kampagnen sollen vor allem junge Menschen motivieren, sich aktiv für die Erreichung von Entwicklungszielen zu engagieren. Ein weiterer wichtiger Baustein des VENRO-Projektes ist die Informations- und Dialogarbeit.

»Deine Stimme gegen Armut« ist die deutsche Plattform des internationalen Bündnisses »Global Call to Action Against Poverty« (GCAP), in dem sich gemeinnützige Organisationen, Prominente und Millionen von Menschen in mehr als 100 Ländern für ein Ende der Armut engagieren.

www.deine-stimme-gegen-armut.de